

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Montag, 12. Februar 2024 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokoll:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Furger, Gort, Rüegg, Weber
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache des Standespräsidenten

Standespräsident Caluori: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Die Welt zu Gast in Graubünden. Erlauben Sie mir zu Beginn dieser Session einen kurzen Rückblick auf das World Economic Forum in Davos. In meiner Funktion als Standespräsident durfte ich an einigen Topveranstaltungen teilnehmen, wie z. B. den Reden von Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission, von Li Qiang, dem Ministerpräsidenten aus China, von Bundesrätin Viola Amherd oder vom Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan.

Ich durfte vor Ort hautnah erleben und spüren, wie wichtig dieser Wirtschaftsanlass für Davos, für Graubünden, für die Schweiz, aber auch für die weitere internationale Welt ist. Die Schweiz und insbesondere Graubünden mit Davos haben sich in diesen fünf Tagen von ihrer besten Seite als Gastgeber präsentiert. Moderne und funktionale Kongressinfrastrukturen, reibungslose Meetings und hervorragende Events. Ein extrem hohes, nicht aufdringliches Sicherheitsdispositiv sowie eine professionelle Gastronomie und Hotellerie. Ganz so, wie ich mir gute und echte Gastfreundschaft vorstelle.

Dies alles war nur möglich dank des Einsatzes der Schweizer Armee und der Schweizer Polizei und natürlich des federführenden Bündner Polizeikorps. Ich möchte mich bei der gesamten Bündner Regierung, den involvierten Ämtern, der Kantonspolizei sowie der Gemeinde Davos ganz herzlich bedanken. Die positiven Bilder aus Davos gehen um die Welt und sind beste Werbung für unseren Tourismuskanton.

Ich möchte aber heute mit Ihnen noch über Veränderungen sprechen. Schon Charles Darwin wusste ja bekanntlich, dass in der Geschichte des Lebens nichts beständiger ist als der Wandel. Aber was im Moment auf uns zukommt, ist nichts weniger als ein riesiger Wandel. Sie erraten sicher schon, worauf ich hinauswill: Künstliche Intelligenz ante portas, vor unseren Türen.

Eines der Hauptthemen am WEF in Davos war die Künstliche Intelligenz. Die Künstliche Intelligenz war in den Reden allgegenwärtig und es wurde dabei immer von

Chancen und auch von Risiken gesprochen. Etwa 130 Sitzungen gab es zu diesem Thema. Künstliche Intelligenz ist nicht nur ein Trend, sondern eine Riesenwelle, die uns bereits erreicht hat. Die Künstliche Intelligenz erobert alle Lebensbereiche, sei es im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Forschung oder auch im Dienstleistungssektor.

Nun möchte ich Ihnen, liebe Grossrätinnen und Grossräte, an einem Beispiel aufzeigen, was alles heute schon machbar ist, und das hier ist nur ein kleines Beispiel. Sie werden mir in den nächsten zirka fünf Minuten wahrscheinlich sprachlich nicht folgen können. Darum habe ich für Sie alles noch untertitelt, damit Sie auch alles verstehen, was ich sage. Ich konnte selbst von der Künstlichen Intelligenz enorm profitieren, denn mittlerweile spreche ich 25 Sprachen fließend.

Standespräsident Caluori spricht im abgespielten Video Spanisch: Mein Spanisch war bis jetzt leider immer etwas eingeschränkt. Dank KI hat sich das nun aber geändert. Sie hören gerade meinem digitalen Avatar beim Sprechen zu. Um diesen zu erstellen, habe ich nur wenige Minuten Videomaterial in Deutsch von mir aufgenommen und hochgeladen. Damit beherrsche ich zahlreiche Sprachen und kann in diesen alles sagen, was ich möchte.

Standespräsident Caluori spricht im abgespielten Video Koreanisch: Auch Koreanisch wollte ich schon immer einmal sprechen können. Aber zurück zum Thema. Stellen Sie sich all die Möglichkeiten vor, die solch eine Plattform mit sich bringt. Die Positiven und die Negativen. Und es sind nicht nur Pioniere wie Elon Musk und Sam Altman von OpenAI, die sich warnend und kritisch äussern. Auch Bill Gates spricht von einer tiefgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft durch KI.

Standespräsident Caluori spricht im abgespielten Video Arabisch: Was auf den ersten Blick wie eine spielerische Idee aussieht, ist vielerorts bereits Realität. Sind die Bilder echt oder von KI manipuliert? Spreche ich mit einem echten Menschen am Telefon oder wurde mein Gegenüber durch KI ersetzt? Menschen müssen darauf vertrauen können, dass ihre persönlichen Daten angemessen geschützt sind und nicht missbraucht werden. *Heiterkeit. Applaus.*

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Sie sehen, das Potenzial von Künstlicher Intelligenz ist riesig, aber die Einschätzungen dieser Technologie könnten unterschiedlicher nicht sein. Über etwas sind sich aber alle Expertinnen und Experten einig, die Künstliche Intelligenz ist gerade daran, die Welt, wie wir sie kennen, tiefgreifend und anhaltend zu verändern.

Aber was bedeutet das für unseren Kanton? Künstliche Intelligenz ist nicht nur ein Thema für Silicon Valley oder grosse Technologiehubs. Auch in Graubünden hat sie bereits Einzug gehalten. Zum Beispiel schon vor zwei Jahren in der Gemeinde Davos. Sie hat zusammen mit der Regionalentwicklerin Startups über KI angesiedelt. Mit der Strategie Digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024-2028 haben wir uns auf den Weg in eine digitalisierte Zukunft gemacht, in der auch die Künstliche Intelligenz viele Prozesse vereinfachen und effizienter gestalten soll. An der FHGR gibt es seit neustem den innovativen Bachelor Artificial Intelligence in Business Engineering. Die ibW bietet Kurse zu ChatGPT an und Bündner Unternehmen aus diversen Branchen machen sich Gedanken zur intelligenten Nutzung von KI in ihrem Unternehmen. Und mit GRdigital haben wir ein Gefäss, das im Auftrag des Kantons Projekte der digitalen Transformation fördert und unterstützt. Dazu gehört auch ein Projekt, das vielleicht schon bald Service-Roboter in unserem Gesundheitswesen einführt, um Pflegekräfte zu entlasten. Oder ganz aktuell, vielleicht fahren in Zukunft in unserem Kanton bald schon unbemannte Busse oder führerlose Züge.

Und doch dürfen wir bei all diesen Chancen die Risiken nicht übersehen. Darin waren sich alle wichtigen Vertreter am WEF einig. Es fehlen nämlich globale Regeln, die einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen neuen Technologien garantieren. Der unkontrollierte und unreflektierte Einsatz von KI kann zu unvorhergesehenen Konsequenzen führen. Datenschutz, Ethik und der Schutz unserer Demokratie sind hierbei zentrale Themen. Betrachten wir beispielsweise Gesichtserkennungstechnologien, die in Städten für Sicherheitszwecke eingesetzt werden. Wie gewährleisten wir, dass private Daten nicht missbraucht werden? Wie stellen wir sicher, dass autonome Fahrzeuge in Notfällen ethische Entscheidungen treffen? Wie verhindern wir das Verbreiten von Fehlinformationen durch die Deep-Fakes und schützen so unsere Demokratie? Diese Fragen müssen wir uns stellen und aktiv angehen. Und mit mir, meine Damen und Herren, meine ich auch uns alle.

Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl die innovativen Möglichkeiten der KI nutzen, als auch ihre Risiken minimieren. Diese globalen Rahmenbedingungen fehlen im Moment. 18 Staaten, darunter Deutschland und die USA, haben letztes Jahr Richtlinien für den Umgang mit KI festgelegt. Aber diese sind weder verbindlich noch global. Das muss sich ändern. Das Ignorieren der Veränderungen durch Künstliche Intelligenz wäre etwa so, als würden wir versuchen, die Plessur mit blossen Händen zu stoppen. Wir können die KI weder rückgängig machen noch stoppen. Aber wir können sie aktiv mitgestalten. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen dem Vorantreiben technologischer Innovationen und dem Schutz un-

serer Bürgerinnen und Bürger. Nur so können wir sicherstellen, dass KI ein Segen und kein Fluch für unsere Gesellschaft wird. Fortschritt darf nie ein Selbstzweck sein, sondern muss den Einwohnerinnen und Einwohnern von Graubünden dienen.

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, es liegt in unserer politischen Verantwortung zu entscheiden, wo wir Regeln für einen bewussten und sicheren Umgang mit der Künstlichen Intelligenztechnologie setzen. Ich rufe Sie daher auf, aktiv zu werden und mitzuhelfen, KI zu einem Motor für positive Veränderungen in unserem Kanton zu machen. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass KI in Graubünden nicht nur Innovation und Wohlstand fördert, sondern auch unsere Werte und unsere Lebensqualität schützt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich nun, mit Ihnen zusammen diese Herausforderungen anzugehen und eröffne hiermit die Februarsession 2024. *Applaus.*

Totenehrung

Standespräsident Caluori: Wir kommen nun zu einer Totenehrung. Konrad Flütsch-Gansner, bekannt als «Zun Kondi», ist am 11. Dezember 2023 im Alter von 96 Jahren verstorben. Er wurde am 27. Juli 1927 geboren und wuchs zusammen mit drei Geschwistern auf einem kleinen Hof in Luzein im Zun auf. Konrad Flütsch-Gansner wäre gerne Lehrer geworden, doch er wurde im elterlichen Betrieb gebraucht. 1958 heiratete er Ursula Gansner, mit welcher er zunächst einen kleinen Bauernhof, danach 20 Jahre lang den Dorfladen und bis zur Pensionierung wiederum eine kleine Landwirtschaft führte. Von 1973 bis 1977 war Konrad Flütsch-Gansner stellvertretender Kreisnotar. 1978 wurde er zum Landammann des Kreises Luzein gewählt. Vorerst Präsident der Gemeinde Castels, wurde Konrad Flütsch-Gansner nach der Fusion mit der Gemeinde Rüti per 1.1.1979 Präsident der neuen Gemeinde St. Antönien. In seine Amtszeit fiel der Entscheid zur Durchführung einer Gesamtmermelioration. In den Jahren 1979 bis 1985 nahm er für den Wahlkreis Luzein Einsitz im Grossen Rat. Zudem war Konrad Flütsch-Gansner Vorstandsmitglied und später Präsident und Ehrenmitglied des Kurvereins St. Antönien, Mitglied im Initiativkomitee zur Gründung der Skilift Junker AG St. Antönien sowie ein passionierter Schütze und Jäger. Als Anerkennung für seine grossen Verdienste in und für St. Antönien wurde Konrad Flütsch-Gansner im Jahre 2021 die Ehrenmitgliedschaft der Kulturgruppe St. Antönien verliehen. Ausserdem wurde ihm eine Ausstellung im Ortsmuseum gewidmet. Sein Wirken zugunsten der Öffentlichkeit war von grosser Umsicht und Einsatzbereitschaft geprägt. Der Verstorbene setzte sich zeitlebens politisch und gesellschaftlich für die Interessen von Graubünden und der Taltschaft St. Antönien ein. Dafür gebührt ihm an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie nun, meine Damen und Herren sowie die Zuschauer auf der Tribüne sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Sitzen zu erheben. Besten Dank. Sie dürfen sich wieder setzen.

Vereidigung erstmals anwesender Ratsmitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Caluori: Nun kommen wir zu den Vereidigungen des erstmals anwesenden Ratsmitglieds sowie der Stellvertreter in der Februarsession 2024. Dazu bitte ich das neue Ratsmitglied sowie die Grossratsstellvertreterin und die drei Grossratsstellvertreter, welche heute erstmals in dieser Legislatur im Rat Einsitz nehmen, nach vorne zu kommen. Es sind dies Grossrat Martin Berthod, der für den zurückgetretenen Kollegen Mario Salis nachgerückt ist, Frau Grossratsstellvertreterin Laura Caluori sowie die Herren Stellvertreter Daniel Schläpfer, Martin Bundi und Christian Kindschi. Ich bitte Sie, nach vorne zu treten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Regierung, geschätzte Anwesende auf der Tribüne, darf ich Sie bitten aufzustehen? Ich lese Ihnen zuerst die Formel des Eides vor und danach diejenige des Gelübdes. Die Formel des Eides lautet: «Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Und die Formel des Gelübdes lautet: «Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte «ich schwöre es» geleistet und das Gelübde durch die Worte «ich gelobe es». Darf ich Sie bitten? Sie dürfen.

zu vereidigende Ratsmitglieder: Ich gelobe es. Ich schwöre es.

Standespräsident Caluori: Vielen Dank, Sie dürfen Platz nehmen. Wir fahren gemäss Arbeitsplan mit dem Regierungsprogramm und Finanzplan 2025 bis 2028 fort. Nehmen Sie das dicke Buch zur Hand.

Regierungsprogramm und Finanzplan 2025-2028 (Botschaften Heft Nr. 5/2023-2024, S. 462)

Standespräsident Caluori: Ich gedenke, folgendermassen vorzugehen: Wir werden zuerst ein Eintreten über das Regierungsprogramm abhalten, dann die Detailberatung über das Regierungsprogramm. Und danach werden wir ein Eintreten zum Finanzplan und den Richtwerten abhalten, und zum Schluss die Detailberatung über den Finanzplan und die Richtpläne abhandeln. Dieses Geschäft wurde von der Kommission für Staatspolitik und Strategie in zwei Tagen behandelt. Ich gebe nun zum Eintreten dem Kommissionspräsidenten, Rico Lamprecht, das Wort.

Eintreten zum Regierungsprogramm

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Lamprecht; Kommissionspräsident: Gugent fetsch eu ün pèr objecziuns a reguard il plan da finanzas ed il program da la Regenza.

Die KSS hat am 10. und am 24. Januar im Beisein von Regierungspräsident Jon Domenic Parolini mit Curdin Maissen, Leiter Führungsunterstützung, und Regierungsrat Martin Bühler mit Urs Brasser, Finanzsekretär, das Regierungsprogramm und Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028 durchberaten. Diese sind gemäss Art. 42 Abs. 2 und Art. 46 der Verfassung des Kantons Graubünden die zentralen Instrumente der strategischen und politischen Steuerung im Kanton Graubünden. Sie bilden gemeinsam die mittelfristige Schwerpunktplanung der Regierung. Das Regierungsprogramm umschreibt die wichtigsten Ziele und Aktivitäten der Regierung für eine Planungsperiode von vier Jahren. Zeitlich koordiniert und inhaltlich mit dem Regierungsprogramm abgestimmt, legt die Regierung die finanzpolitischen Ziele und Vorgaben fest. Der Finanzplan zeigt, wie sich der kantonale Finanzhaushalt in der gleichen Planperiode voraussichtlich entwickeln wird. Die im Regierungsprogramm enthaltenen Entwicklungsschwerpunkte der Regierungstätigkeit werden jeweils in den Jahresprogrammen konkretisiert. Die jährliche Zuteilung finanzieller Mittel erfolgt über das Budget. Ein gut ausgebautes Controlling und eine laufende Beobachtung bilden die Grundlage für die rollende Planung, um Regierungsprogramm und Finanzplan den neuen Gegebenheiten anzupassen. Damit behalten die Mittelfristplanungen als zentrale Orientierungsleitlinien ihre Gültigkeit. Die Regierung behält sich vor, von der Planung abzuweichen, wenn unvorhergesehene Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen dies erfordern. Im Kanton Graubünden ist die Kooperation zwischen Parlament und Regierung bei der Erarbeitung der politischen Planung ausgeprägt vorhanden. Die politische und strategische Planung erfolgt im engen Zusammenspiel zwischen Regierung und Parlament. Unter Wahrung der einzelnen Zuständigkeiten werden die Grundlagen gemeinsam erarbeitet und genutzt, und die Planung inhaltlich koordiniert. So verabschiedete der Grosse Rat im Dialog mit der Regierung die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze. Diese sind auch in Kürze auf den Seiten 466 bis 467 in der Botschaft abgebildet. Die Regierung ihrerseits erstellt im Rahmen dieser Leitplanken das Regierungsprogramm und den dann damit verknüpften Finanzplan.

Aus den übergeordneten politischen Zielen und Leitsätzen, die Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, in der Augustsession verabschiedet haben, und der Lagebeurteilung hat die Regierung folgende vier Schwerpunkte für das Regierungsprogramm 2025 bis 2028 abgeleitet. Digitale Transformation, Leben und Arbeiten, Klima und Umwelt und attraktives Graubünden. Die Regierung ist bestrebt, die Attraktivität des Kantons Graubünden in vieler Hinsicht weiter zu stärken und zu festigen. Ein besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die Digitalisierung, beziehungsweise die digitale Transformation. Dabei soll die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung mit der Umsetzung der Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024 bis 2028 mit Nachdruck vorangetrieben und forciert werden. Des Weiteren ist die Regierung bestrebt, die Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Wirtschaft weiter kontinuierlich zu verbessern. Ferner bildet die schrittweise Umsetzung des kantonalen Aktions- respektive Impulsprogramms Green Deal, mit welchen den Ge-

fahren des fortschreitenden Klimawandels frühzeitig begegnet werden soll. Schliesslich ist es der Regierung ein Anliegen, mit gezielten Massnahmen die Attraktivität des Kantons Graubünden kontinuierlich zu verbessern.

Die Regierung hat im Rahmen der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze 11 Regierungsziele, 30 Entwicklungsschwerpunkte und 87 Massnahmen formuliert. Die Regierungsziele bilden die Grundlage für das Regierungsprogramm. Darin definiert die Regierung, was sie im Rahmen ihrer politischen Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 erreichen und bewirken möchte. Die Regierungsziele werden durch 30 Entwicklungsschwerpunkte umgesetzt. In der Umsetzungsphase setzt die Regierung auf vier Jahre ausgelegte Entwicklungsschwerpunkte im jeweiligen Jahresprogramm anhand von Massnahmen und Jahreszielen um. Die 87 Massnahmen umfassen eine Kurzbeschreibung der geplanten Vorhaben zur Erreichung der Wirkungsziele des jeweiligen Entwicklungsschwerpunkts. Die Massnahmen werden in den Jahresprogrammen detailliert ausformuliert und können Neuentwicklungen oder Weiterentwicklungen, Verbesserungen oder die Ausweitung von bestehenden Programmen beinhalten. Der geplante zusätzliche Bedarf an Ressourcen für die Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte während den Jahren 2025 bis 2028 wird soweit bezifferbar im Finanzplan beim Abschnitt 3.5.3 ausgewiesen.

Das Regierungsprogramm erhält von der KSS viel Lob. Man attestiert der Regierung, sich ernsthaft mit den übergeordneten politischen Zielen und Leitsätzen des Grossen Rates auseinandergesetzt zu haben und anerkennt Bereitschaft, etwas ändern zu wollen. Das Regierungsprogramm wird als zukunftsorientiert, mutig und mit einer positiven Grundhaltung bezeichnet. Kritik wird nur bezüglich der Thematik des Arbeitskräftemangels geäussert. Diese kommt im Jahresprogramm etwas zu kurz und betrifft insbesondere nicht nur die Verwaltung, sondern die gesamte Bündner Wirtschaft. Die KSS empfiehlt Ihnen, auf das Geschäft einzutreten und vom Regierungsprogramm in der vorliegenden Form Kenntnis zu nehmen. Auch hier wird das Regierungsprogramm, das Sie in der Botschaft von Seite 481 bis 521 finden, im Rahmen der Detailberatung von Entwicklungsschwerpunkt zu Entwicklungsschwerpunkt durchberaten. Dort können Sie direkt den Mitgliedern der Regierung zum Regierungsprogramm Klärungsfragen stellen sowie Bemerkungen und Wünsche deponieren. Machen Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, davon Gebrauch. Die Mitglieder der KSS konnten während der Beratung bei der Kommissionssitzung vom 10. Januar der Regierung ihre Fragen stellen. Diese wurden uns auch mündlich und schriftlich beantwortet. Aus diesem Grund werde ich mich bei der Detailberatung nicht mehr zu den einzelnen Entwicklungsschwerpunkten äussern und gebe nun das Wort unserem geschätzten Standespräsidenten zurück, denn er wird uns durch die Beratung führen.

Standespräsident Caluori: Das Mikrofon ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Grossrat Brunold, Sie haben das Wort.

Brunold: Il president dalla Cummissiun per politica da stadi e strategia, collega Lamprecht, ha già dau ina buna

survesta sur dil Program dalla Regenza per ils onns 2025 entochen 2028. Ella sessiun d'uost 2023 ha il Cussegl grond giu approbau la planisaziun da legislatura. Igl ei fetg legreivel da constatar, che la Regenza ei s'orientada vid quellas decisiuns dil Cussegl grond, cu ella ha ellaborau il Program dalla Regenza 2025 entochen 2028. Nus havein oz sin meisa in program cun fetg bunas finamiras, per ch'il cantun Grischun vegn a sesviluppar vinavon ils proxims onns.

Ord il program da Regenza vesin nus, ch'il cantun vegn a metter quatter accents principals, transformaziun digitala, viver e luvrar, clima ed ambient ed in Grischun attractiv. Cun quels metta la Regenza igl endretg focus els onns 2025 entochen 2028.

Per realisar la transformaziun digitala, havein nus già priu las decisiuns impurtontas ellas sessiuns d'october e december 2023, quei cun approbar la strategia dall'administraziun digitala 2024 entochen 2028. La via ei libra, ussa ei l'administraziun cantunala dumanda da metter entuorn la digitalisaziun. Nus essan tuts pertscharts, tgei gronda sfida che quei vegn. Mo igl ei ton pli impurtont, che la transformaziun digitala gartegia. Entras survetschs sperts ed effizients per la populaziun e las interpresas eis ei pusseivel, che nus vegnin da dumignar a moda innovativa la munconza da persunal, quei ton tier l'economia sco era tier il cantun. Jeu sai mo motivar il cantun da far tut il pusseivel, per che la transformaziun digitala reusseschi aschi spert sco pusseivel.

Ils proxims onns astga il cantun denton buca mo s'occupar cun sesez. Per la prosperitad a lunga veta eis ei era impurtont, che nus investen in impurtontas spartas. Davart quellas investiziuns vai els auters treis accents principals. Fetg impurtont ei ord mia veta la sparta viver e luvrar. Il tetel signalisescha già, ch'il cantun enquera ina cumbinaziun ideala denter il viver ed il luvrar. Già quella idea cuntegn bia innovaziun. Sch'ei gartegia a nus da realisar in aschinumnau «stil da viver e luvrar grischun», savess quei esser in grond USP resp. ina posiziun da vender unica per nies Cantun. En temps da munconza da persunal e l'unda da pensiun dils «babyboomers» eis ei da grond'impurtonza, che nus vegnin da carmalar bunas forzas da lavur en il Grischun. La demografia vegn ad esser ina gronda sfida. Jeu sai perquei sustener fermamein las finamiras, che la Regenza ha francau el Program dalla Regenza 2025 entochen 2028. Nus stuein investir en projects che aulzan la qualitat e cunzun la pusseivladad da habitar en il Grischun. Nus stuein investir ellas cundiziuns da rama per noss'economia.

Sco turisticher vi jeu far attents vus, che nus havein cun nies turissem in fetg impurtont instrument, per colligiar viver e luvrar en il Grischun. Sche nus investen vinavon intensivamein en l'infrastructura e las purschidas turisticas, vegnin nus da defender nossa ferma posiziun turistica ellas Alps. Cun la reclama turistica mettin nus era il cantun Grischun en ina buna glisch. Quei gida la finala era per la recrutaziun da persunal. Jeu astgel discuorrer cheu ord atgna experientscha. En nossa fatschenta eis ei già enqualgata stau pusseivel da recrutar tier nos hosps da vacanzas – cunzun tiels hosps da secundas habitaziuns – novs emploiai bein qualificai. Ils hosps da vacanzas e da secundas habitaziuns ein in extrem grond potenzial per igl

entir cantun Grischun. Jeu sperel fetg, ch'ei gartegia a tuttas branschas grischunas da recrutar ina part da lur potenzial tier nos hospes da vacanzas, seigi quei per l'economia ni per il sector da sanadad. Sch'ei gartegia a nus dad anflar cheu bunas vias, sa quei potenzial gidar da sligiar bia problems. Con gronda che la creaziun da valur dil cantun ei gia oz, ha la nova studia da turissem dil cantun grad mussau avon in pèr dis.

Sco menziunau, investir en infrastruttura, e cunzun era en infrastruttura turistica, ei ina clav centrala per il success dil futur. Per che quei ei insumma pusseivel, sto il spazi respectivamein il terren persuerter esser a disposiziun. Nus stuein perquei anflar sligiazions pragmaticas, per ch'il svilup economic e la protecziun digl ambient anflan in bien equilibrer. Il svilup astga natiralmeyn buc far empaglia la natira. Denton senza svilup maunca la basa da viver, cunzun en nossas valladas perifericas. Jeu dun buc si la speranza, ch'ei dat tier nus saun giudezi per sligiazions pragmaticas.

Quei saun giudezi duvrein nus era, per saver realisar il tierz accent principal dil Program dalla Regenza 2025 entochen 2028: clima ed ambient. En quel vai per svilup economic e per protecziun da nossa natira. In grond trumf dil cantun Grischun, che cumbinescha ton economia sco ecologia, ei en quei grau la forza hidraulica. Cheu spetgan en ils proxims onns entginas impurtontas decisiuns, che san muntar ton schanza sco era resca per il cantun. Era il plan d'acziun Green Deal ei in fetg impurtont project, ch'unescha ton economia, ecologia ed igl aspect social. Proximamein vegnin nus a decider sur da l'etappa 2 dil Green Deal. La realisaziun ha era liug ils onns 2025 entochen 2028. Ussa ha il cantun ina buna situaziun finanziaria, perquei stuein nus investir el Green Deal.

La quarta petga dil Program dalla Regenza ei medemamein impurtonts: in Grischun attractiv. Tier quel dumbra nossa cuntrada, il sistem da mobilitad cun traffic public e traffic privat, la formaziun, cultura, lungatg ed il sistem da sanadad. Cheu spetgan sin nus grondas sfidas. Cunzun il sistem da sanadad vegn a caschunar a nus quitaus ils proxims onns. Sche nus discurren da munconza da persunal, lu ei la sanadad e tgira il liug, nua che nus stuein far las pli grondas stentas, per ch'il sistem funcziunescha vina- von. Nus tuts savein, quei vegn ina gronda sfida. Tonpli astgein nus buca sedividir en quei tema: Cantun, vischnauncas, instituziuns da sanadad, il persunal e la finala era la populaziun ston anflar ina via communabla ed astgan buca sedividir. Tener ensemen ei la devisa per tuts acturs el sector da sanadad.

Caras collegas e cars collegas. Il Program dalla Regenza 2025 entochen 2028 cuntegn tut quei ch'ei da basegns, per ch'il cantun Grischun vegn era ils proxims onns in pèr pass decisivs vinavon. Jeu sun per entrar en la fatschenta e supplicheschel vus da medemamein far quei.

Rettich: In der KSS haben wir das Regierungsprogramm sehr intensiv diskutiert. Unsere Fraktionsmitglieder haben sich bereits in der KSS sehr erfreut über die zukunftsgerichtete Stossrichtung dieses Papiers gezeigt. Man erkennt den klaren Willen, vorwärts zu machen. Auch wir als SP-Fraktion als Ganzes sind darüber erfreut und für uns als Fraktion möchte ich nun auch sprechen.

Wir wollen ein fortschrittliches, ein modernes, ein attraktives, wir wollen ein nachhaltiges Graubünden. Das brauchen wir auch, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Ich spreche von Herausforderungen der Auswirkungen des Klimawandels, der Digitalisierung, wie es der Landespräsident in seiner Begrüssungsrede bereits eindrücklich aufgezeigt hat, der Demografie, dem Fachkräftemangel sowie von neuen Lebensmodellen. Diese Herausforderungen müssen von uns proaktiv angegangen werden und Graubünden für alle Bündnerinnen und Bündner als attraktiver Lebensraum erhalten und weiterentwickelt werden. Essentielle Aspekte, welche wir als Kanton angehen müssen, sind unter anderem eine umsichtige Wohnraumpolitik. Entsprechend erfreulich und nötig ist es, dass diese endlich ein eigener Schwerpunkt ist. Ausserdem, Sie haben es womöglich gelesen, der Tourismus macht im Kanton ein Viertel der Wirtschaftsleistung aus. Eine Diversifizierung der Wirtschaft und Implementierung von Kreislaufwirtschaft sind entsprechend umsichtige Ziele. Es braucht zudem Programme für die Gleichstellung und gegen häusliche Gewalt. Wir müssen das Impulsprogramm Green Deal vorantreiben, um den Klimawandel stoppen und seine Auswirkungen händeln zu können. Dazu gehören Wassermanagement, Waldmanagement und diverse weitere klimapolitische Themen. Dafür hat sich die SP mit diversen Vorstössen immer wieder eingesetzt und wir werden auch an diesen Themen dranbleiben.

Das Regierungsprogramm ist also erfreulich zu lesen, aber bei Weitem nicht perfekt. Es fehlen nämlich auch zentrale Themen, beziehungsweise kommen diese zu kurz. Und das sind aus unserer Sicht das Alter, die Demografie und die Kultur. Und es fehlt an Konsequenz und Konsistenz, insbesondere bei Ausbau und Erhalt, sowohl bei Energiepolitik, wie auch bei der Raumplanung und beim Fachkräftemangel. Fachkräftemangel, etwa im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Verkehr. Hier sind noch grosse Widersprüche zu meistern. An verschiedenen Stellen werden sich unsere Fraktionsmitglieder entsprechend äussern und diese Widersprüche aufzeigen. Wir müssen wirklich darauf achten, dass sich unterschiedliche Ziele nicht aufheben und dass diese Ziele nicht zum Selbstzweck werden. Sie sollen vielmehr dafür sorgen, dass der Kanton, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft für die Zukunft fit werden. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine lebhaftige Diskussion und sind selbstverständlich für Eintreten.

Cahenzli-Philipp: Das letzte Regierungsprogramm wurde im Februar 2020 besprochen. Sie erinnern sich, es war jener Monat, als die Pandemie unsere Grenze überschritt und in der Folge unser aller Leben doch recht erschütterte. Mit Folgen, die z. T. bis heute nachwirken. Es war eine verrückte Zeit. Verrückt im eigentlichen Wortsinn, nämlich gewisse Überzeugungen und Gewissheiten wurden in Frage gestellt, haben sich verschoben, wurden neu ausgerichtet. Das heisst Anknüpfungen und Verbindungen, das, was uns als Gesellschaft zusammenhält, mussten immer wieder aufs Neue gesucht werden. Eine Aufgabe, die im gegenwärtigen Wandel durch neue Technologien, wie sie uns heute Landespräsident Caluori vorgeführt hat, noch

mehr an Bedeutung gewinnen werden. Beim Regierungsprogramm scheint mir diese Neujustierung gut gelungen. Das Programm zeugt von einer chancenorientierten, positiven Haltung. Es geht aktiv, proaktiv auf Herausforderungen ein und formuliert entsprechende Massnahmen und Entwicklungsschwerpunkte. Ob diese ausreichend und konsequent genug sind, das werden wir wohl im Detail heute noch diskutieren, auch wenn der Rat das Programm, wie Sie wissen, nur zur Kenntnis nehmen wird. Das Programm selber nun fokussiert sich und das gefällt mir. Es ist eine Konzentration auf vier wichtige Schwerpunkte und diese sind abgestimmt auf die übergeordneten Ziele und Leitsätze. Dazu haben meine Vorredner Ausführungen gemacht. Das wiederhole ich nicht. Es hat sich aber gezeigt, dass das Zusammenspiel zwischen Rat und Regierung bei der Erarbeitung gut funktioniert hat, und dafür möchte ich der Regierung auch danken. Ich fasse zusammen. Es sind gute Ziele. Fortschritt ist erkennbar. Doch damit die Umsetzung gelingen kann, braucht es Mittel, braucht es Ressourcen. Und das wird uns morgen vermutlich oder übermorgen zur notwendigen Diskussion über die Richtwerte führen und zur Frage, wie viel Spielraum braucht es, damit der Kanton seine Aufgaben für die Bevölkerung und die Wirtschaft gut erfüllen und sich weiterentwickeln kann. Ich bin für Eintreten.

Michael (Castasegna): Con interesse ho letto il programma di Governo 2025-2028. E con grande piacere e soddisfazione ho appreso del suo contenuto. Quindi personalmente ho avuto dei pensieri molto positivi nella lettura del programma, ritenendolo interessante, aperto, innovativo e per certi versi addirittura coraggioso. Io, qualche programma di Governo l'ho vissuto in questo Parlamento e mi sembra di poter dire che questa versione 2025-2028 è di gran lunga la versione che mi soddisfa di più. Addirittura vorrei dire che questo programma di Governo non soltanto lo possiamo definire programma di Governo, io lo definisco un vero e proprio manifesto per l'insediamento decentralizzato nel nostro Cantone. Ein Manifest für die dezentrale Besiedlung im Kanton Graubünden. Esso raccoglie, riprende i temi come la sicurezza nelle aree di confine, un problema conosciuto, il Consigliere di Stato Peyer sorride, la promozione della cooperazione transfrontaliera, il rafforzamento della formazione professionale su tutto il territorio cantonale, la copertura sanitaria decentrata, la promozione della mobilità e quindi anche dei collegamenti viari nel nostro Cantone, qualche tema lo discuteremo in questo ambito anche durante questa sessione, la promozione dello spazio abitativo, il rafforzamento del plurilinguismo, eccetera. Quindi non solo li cita ma anche promuove delle soluzioni, propone delle concrete e reali proposte da elaborare. Questo credo che sia la strada corretta, la strada giusta, io personalmente sono molto curioso e attendo che ora alla parte scritta, quindi declamatoria prevista, seguano anche delle azioni concrete. Sperando che i risultati non si possano vedere solo tra quattro anni ma anche nel corso di questa legislatura. Io sostengo il piano di Governo come presentato e sostengo l'entrata in materia, grazie.

Standespräsident Caluori: Das Mikrophon ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Das ist nicht der Fall.

Dann öffne ich für das Plenum die Diskussion. Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort dem Regierungspräsidenten Jon Domenic Parolini.

Regierungspräsident Parolini: Das Regierungsprogramm und der Finanzplan wurden in einem mehrstufigen Prozess erarbeitet. Grundlage bildeten zum einen die im Rahmen der Augustsession des vergangenen Jahres verabschiedeten übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates. Zudem diente eine verwaltungsintern und verwaltungsextern vorgenommene Lagebeurteilung als wichtige Basis für die Erarbeitung des neuen Regierungsprogramms.

Das Regierungsprogramm umfasst 11 Regierungsziele sowie 30 Entwicklungsschwerpunkte mit 87 dazugehörigen Massnahmen. Die vier auf Seite 472 abgebildeten Schwerpunkte des Regierungsprogramms fassen den strategischen Fokus des Regierungsprogramms zusammen. Gerne möchte ich im Folgenden auf die letztgenannten Elemente kurz eingehen.

Beginnen möchte ich mit dem Schwerpunkt digitale Transformation. Der Kanton Graubünden ist aufgrund verschiedener gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen in der Verantwortung, die digitale Transformation entschlossen und umsichtig voranzutreiben. Die Regierung möchte die Digitalisierungsbemühungen der vergangenen Jahre daher forcieren und konsequent steigern. Aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen und der geschaffenen Grundlagen strebt der Kanton in den kommenden Jahren mit der Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024 bis 2028 eine deutliche Intensivierung der Aktivitäten sowie eine spür- und sichtbare Beschleunigung der digitalen Transformation an. Dazu sollen in den nächsten Jahren schrittweise die für eine beschleunigte Digitalisierung notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen geschaffen und die Anstrengungen im Bereitstellen von digitalen Angeboten intensiviert werden. Die Grundlage für den Ausbau respektive für die Forcierung der digitalen Transformation innerhalb der kantonalen Verwaltung wurde mit der Verabschiedung der Botschaft zur Strategie digitale Verwaltung Kanton Graubünden 2024 bis 2028 bereits von Ihnen in der Dezembersession gelegt.

Zum zweiten Thema, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Leben und Arbeiten. Nebst der beschleunigten Digitalisierung möchte die Regierung den Wirtschafts- und Wohnstandort Graubünden weiter stärken. So soll beispielsweise das derzeit hauptsächlich auf die Wintermonate ausgerichtete Tourismusangebot stärker diversifiziert und erweitert werden. Der Kanton Graubünden ist bestrebt, die Bemühungen zur Diversifikation des Tourismusangebots gezielt und wirksam zu unterstützen. Weiter sollen die Rahmenbedingungen im Bereich der Raumentwicklung, soweit dies die beschränkte kantonale Kompetenz zulässt, so gestaltet werden, dass den Gemeinden, welche primär für die lokale Wohn- und Raumplanung zuständig sind, ein effektiveres Handeln ermöglicht wird. Ein besonderes Augenmerk ist ausserdem auf den Arbeitskräftemangel zu legen. Dieser ist vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich ausgeprägt, aber auch in den technisch naturwissenschaftlichen Branchen, wie beispielsweise im Ingenieurs- oder IT-Bereich, ist ein akuter

Fachkräftemangel feststellbar. Die Regierung ist sich dieser gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Herausforderung bewusst. Sie ist daher bestrebt, dem Arbeitskräftemangel mit griffigen Massnahmen entgegen zu wirken. Weiter möchte die Regierung der sozialen Kohäsion und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt spezielle Beachtung schenken. Stetig steigende Preise stellen eine Belastung, insbesondere für finanziell und sozial schwächer gestellte Personen dar. Dies gilt es entsprechend zu beachten und in die Handlungen der Regierung mit einzubeziehen. Schliesslich ist die Regierung gewillt, angesichts des sich stetig verändernden Umfelds die öffentliche Sicherheit mit den dafür erforderlichen Ressourcen zu gewährleisten.

Zum dritten Thema, Green Deal als Antwort auf den Klimawandel. Handlungsbedarf ergibt sich auch im Klima- und Umweltbereich. Der Klimawandel beeinflusst den Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum der Bergregionen grundlegend. Graubünden ist vom Klimawandel und dessen Auswirkungen besonders stark tangiert. So ist zum einen mit einer generellen Zunahme der Risiken, der Schadensfälle und des Schadensausmasses im Bereich der Naturgefahren zu rechnen. Diesen Gefahren soll frühzeitig begegnet werden, damit Graubünden auch für künftige Generationen ein attraktiver und sicherer Lebensraum bleibt. Zum andern haben die klimatischen Veränderungen grosse Implikationen auf den Tourismus. Insbesondere der im Kanton Graubünden ausgesprochen wichtige Wintertourismus ist von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen. Der Klimawandel beinhaltet allerdings auch wirtschaftliche Chancen. Die erneuerbaren Energiequellen, insbesondere die Wasserkraft, bieten ein grosses Potenzial, das Graubünden für eine Vorreiterrolle im Klimaschutz geradezu prädestiniert. Die Ausschöpfung der vorhandenen Ressourcen an erneuerbaren Energien und die Verbesserung bei der Energieeffizienz sollen deshalb vorangetrieben werden. Des Weiteren gilt es, Sorge zu den kantonalen Natur- und Kulturlandschaften sowie zur Biodiversität zu tragen. Mit dem Aktionsplan Green Deal verfügt der Kanton Graubünden über eine umfassende und ambitionierte Klimastrategie, mit der er bestens für die anstehenden Herausforderungen im Umwelt- und Klimabereich gewappnet ist. Zum Thema gezielte Attraktivitätssteigerung. Das Regierungsprogramm 2025 bis 2028 sieht in vielen Politikbereichen eine gezielte Steigerung der Attraktivität des Kantons vor. So soll unter anderem ein verbessertes Mobilitätssystem realisiert werden, in dem die Verkehrsmittel sinnvoll kombiniert und im Gesamtmobilitätssystem zweckmässig aufeinander abgestimmt werden. Zudem ist die Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und möglichst flächeneffizient auszubauen. Ferner soll durch die Bereitstellung eines vielfältigen und bedarfsgerechten Bildungs- und Forschungsangebots die Attraktivität des Kantons Graubünden verbessert werden. Dank der klaren Zustimmung des Bündner Stimmvolks zum Bau des neuen Fachhochschulzentrums steht der Kanton als Träger der Fachhochschule vor der einmaligen Chance, die dezentralen Standorte und Räumlichkeiten an einem Standort in Chur zu vereinen. Aufgrund der Weitläufigkeit und topografischen Heterogenität des Kantons ist die Bündner Be-

völkerung zudem auf ein adäquates und gut funktionierendes Gesundheitssystem angewiesen. Die kantonale Gesundheitsversorgung soll daher bedarfsgerecht, qualitativ hochstehend und kosteneffizient ausgestaltet sein. Schliesslich ist es der Regierung ein zentrales Anliegen, die Dreisprachigkeit und die Kultur aktiv zu pflegen. Gerade in einer zunehmend vernetzten und digitalen Welt ist es wichtig, dem Reichtum der Bündner Kultur und Sprache entsprechend Sorge zu tragen. Der Erhalt der rätoromanischen und italienischen Sprache und der Bündner Kultur sollen deshalb mit verschiedenen Massnahmen unterstützt und gefördert werden.

Die Umsetzung der im Rahmen des Regierungsprogramms definierten Ziele erfordert personelle und insbesondere finanzielle Mittel. Ohne zu fest vorgreifen zu wollen, der Finanzdirektor wird später bei der Diskussion des Finanzplans noch nähere Ausführungen dazu machen, kann festgehalten werden, dass wir uns finanziell in einer relativ komfortablen Situation befinden. Die Ertragsüberschüsse in den letzten zwei Jahrzehnten ermöglichten den Aufbau hoher Liquidität und einer gesunden Eigenkapitalbasis. In den kommenden Jahren ist jedoch mit einem deutlich enger werdenden Finanzrahmen zu rechnen. Ertragsseitig werden sich die Beiträge aus dem nationalen Ressourcenausgleich ab 2024 wesentlich reduzieren. Des Weiteren sind die von der Entwicklung der Finanzmärkte abhängigen Erträge, wie beispielsweise die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, nicht gesichert. Zudem erhöht der Arbeitskräftemangel und der verstärkte Standortwettbewerb unter den Kantonen den Druck auf die kantonseigenen Steuern. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat der Kanton Graubünden den Steuerfuss für die natürlichen Personen ab dem laufenden Jahr um fünf Prozent gesenkt.

Auf der Aufwandseite meldet sich nach einem Jahrzehnt ohne Inflation die Teuerung zurück. Die Ausgabendynamik ist besonders im Beitragsbereich hoch, was den finanzpolitischen Handlungsspielraum zusätzlich einschränkt. Das Ziel ist und bleibt eine nachhaltige und umsichtige Finanzpolitik.

Geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte, zum Abschluss noch eine persönliche Bemerkung. Auf uns warten in den kommenden Jahren grosse Herausforderungen wie die digitale Transformation, der Klimawandel, die Sicherstellung respektive Verbesserung der Standortattraktivität, die Bewältigung des Arbeitskräftemangels, die anhaltende Inflation sowie der demografische Wandel, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Regierung ist sich dieser Herausforderung sehr bewusst. Sie ist jedoch der festen Überzeugung, dass sich der Kanton Graubünden in einer guten Ausgangslage befindet und aus einer Position der Stärke agieren kann. Graubünden ist ein überaus lebenswerter Wohn- und Arbeitsort. Der Kanton verfügt über attraktive Wohnlagen, über eine breite und diversifizierte Wirtschaftsstruktur, über ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot sowie über eine starke und nachhaltig produzierende Landwirtschaft. Das Ziel des Regierungsprogramms 2025 bis 2028 ist es, die Entwicklung des Kantons Graubünden in vielerlei Hinsicht positiv und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zu gestalten. Dafür sollen die bestehenden

Standortvorteile im Kanton Graubünden konsequent genutzt und weiter ausgeschöpft werden.

Wir freuen uns nun auf die inhaltliche Diskussion sowie auf die kritische Würdigung des vorliegenden Regierungsprogramms und Finanzplans durch Sie, geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte. Und einen herzlichen Dank an die positiven Voten, die bereits bei der Eintretensdebatte gefallen sind. Gleichzeitig möchte ich Ihnen im Namen der Regierung zum einen für das in uns gesetzte Vertrauen sowie andererseits für die gute und konstruktive Zusammenarbeit danken. Ein besonderer Dank sei an dieser Stelle an die Mitglieder der KSS gerichtet. Die Zusammenarbeit während des Erarbeitungsprozesses war sehr angenehm und konstruktiv. In diesem Sinne schliesse ich meine einleitenden Worte. E dun inavò il pled darcheu al president dal Grond cussagl.

Standespräsident Caluori: Somit haben wir das Eintreten abgehandelt. Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Caluori: Wir fahren weiter mit der Detailberatung. Ich möchte zuerst die Seiten 461 bis 480 zur Diskussion stellen bis zum ersten Regierungsziel hin. Hierzu gebe ich dem Herrn Kommissionspräsidenten das Wort.

Detailberatung zum Regierungsprogramm

Antrag Kommission und Regierung

1. Vom Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan 2025-2028 Kenntnis zu nehmen.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich möchte gerne noch den Dank zurückgeben, unserem Regierungspräsidenten, mit der Zusammenarbeit. Die KSS kann hier sicher festhalten, dass dies gegenseitig der Fall war. Auch die Zusammenarbeit mit der Regierung und mit allen Involvierten war sehr gut und deswegen glaube ich, können wir heute auch stolz sein auf dieses Regierungsprogramm, das eigentlich durchwegs jetzt bei der Eintretensdebatte viel Lob erhalten hat. Gerne möchte ich auf Seite 465 auf die grafische Darstellung noch hinweisen. Hier sehen wir eigentlich immer, wo wir gerade stehen. Und wir sind jetzt bei dem zweiten Abschnitt. Und man sieht auch, wo die Verantwortungen sind, was ist zur Kenntnis und wo kann der Grosse Rat noch Einfluss nehmen. Was neu ist auf dieser Grafik, ist sicher ganz zuunterst. Wir werden die Erfolgskontrolle für das letzte Jahr in der Junisession 2029 vornehmen. Und dies betrifft auch die Erfolgskontrolle der letzten vier Jahre, die findet dann in der Junisession 2025 statt. Dies hatte man vor vier Jahren eigentlich vorgezogen und hatte die Erfolgskontrolle bereits im Juni des laufenden Jahres, wo eigentlich das Regierungsprogramm noch nicht ganz abgeschlossen war, vollzogen. Ich denke, das ist sicher eine Verbesserung. Soweit als Hinweis, dass diese Erfolgskontrollen zurückgesetzt wurden.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Das Mikrofon ist offen für das Plenum. Das Mikrofon ist offen für die Regierungsbank. Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir fort auf Seite 481 mit dem Regierungsziel 1 Die staatliche Aufgabenerfüllung beschleunigt digitalisieren und an den Bedürfnissen von Bevölkerung und Unternehmen ausrichten, die kantonale Verwaltung als moderne und attraktive Arbeitgeberin positionieren sowie eine ausgewogene und nachhaltige Finanzpolitik betreiben. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident?

Regierungsziel 1

Lamprecht: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen für das Plenum. Dann kommen wir zu Entwicklungsschwerpunkt 1.1 Beschleunigung der digitalen Transformation in der Verwaltung und verstärkter Schutz vor Cyberrisiken. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich möchte hier vielleicht noch einen kleinen Hinweis machen. Wenn man immer bei den ES ganz zuunterst auf der Seite schaut, dann sieht man, wo die Verbindung zu den übergeordneten politischen Zielen gemacht wurde. Also wenn man diese schaut und nachher hier den ES vergleicht, sollte man's eigentlich dort wieder finden. Dies einfach als Hinweis. Das ist überall unten auf der Seite aufgeführt.

Standespräsident Caluori: Wird hierzu von weiteren Kommissionsmitgliedern das Wort gewünscht? Das Mikrofon ist offen fürs Plenum. Regierungsbank? Dann fahren wir fort mit Entwicklungsschwerpunkt 1.2 Erhaltung respektive Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität der kantonalen Verwaltung. Herr Kommissionspräsident?

ES 1.2 Erhaltung bzw. Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität der kantonalen Verwaltung

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen fürs Plenum. Grossrätin Holzinger, Sie haben das Wort.

Holzinger-Loretz: Beim ES 1.2 Erhalten respektive Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität der kantonalen Verwaltung stelle ich einige Fragen betreffend Anstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Die kantonale Verwaltung bietet als attraktive Arbeitgeberin ihren Mitarbeitenden fortschrittliche, diskriminierungsfreie Arbeits- und Anstellungsbedingungen mit wettbewerbsfähigem Lohn-, Sozial- und Lohnnebenleistungen. Als Massnahme finden wir unter anderem Erarbeitung einer neuen Personalstrategie. Finden wir in dieser neuen Personalstrategie auch Möglichkeiten zur Inklusion von Menschen

mit Beeinträchtigungen? Der Kanton als grosser Arbeitgeber hat in diesem Bereich sicherlich eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion. In diesem Zusammenhang stelle ich gerne folgende Fragen an die Regierung. Gibt es beim Kanton eine Inklusionsstrategie für Arbeitnehmende mit Beeinträchtigungen? Wie viele Mitarbeitende mit Beeinträchtigungen arbeiten derzeit beim Kanton? Wie viele Ausbildungsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung stellt der Kanton zur Verfügung? Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Hoch: Mich freut es sehr, dass an dieser Stelle die Gleichstellung von Mann und Frau berücksichtigt wird. Das ist nicht selbstverständlich. Im Jahr 2019 hat der Grosse Rat einen Fraktionsauftrag der SP für einen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung überwiesen. Darin wurde gefordert, dass mit diesem Aktionsplan die Gleichstellung in der kantonalen Verwaltung mit Zielen und konkreten Massnahmen erreicht werden sollen. Die Regierung hat in Zusammenarbeit mit der Stabstelle für Chancengleichheit das Projekt *equal21* lanciert. Aktuell befinden sich *equal21* bereits in der Phase drei, in der die Massnahmen umgesetzt werden. Dies dauert bis Ende 2025. Phase vier ist der Evaluation gewidmet und dauert bis Mitte 2026. Zusätzlich fliessen die Erfahrungen von *equal21* in die neue Personalstrategie der kantonalen Verwaltung ein. Was für ein äusserst wichtiger Fortschritt im 21. Jahrhundert. Meine Fraktion und ich sind stolz auf diese Entwicklungen. Stolz und dankbar, dass Gleichstellung erkannt wurde als das, was es sein sollte: Ein wichtiger Pfeiler einer modernen Personalpolitik. Durch die erneute Aufnahme von Gleichstellung ins Regierungsprogramm sind die nächsten vier Jahre für ihre Weiterentwicklung gesichert. Davon wird nicht nur die kantonale Verwaltung profitieren. Die Personalpolitik des Kantons muss auch nach aussen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und eine positive Ausstrahlung auf die Arbeitswelt in unserem Kanton haben. Es ist ein Muss, weiterhin mit Zuversicht, Wohlwollen und Engagement am Ziel der Gleichstellung festzuhalten, sie zu stärken, zu fördern und weiter zu etablieren. Bis der Zeitpunkt erreicht ist, an dem die Gleichstellung tief in unseren Herzen verankert und zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Gleichstellung ist kein Zustand. Gleichstellung ist ein fortwährender Prozess. Ich lade Sie ein, weiterhin dazu beizutragen, die Bedürfnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Bildung und sozioökonomischem Status in ihrer Individualität wahrzunehmen, anzuerkennen und zu fördern.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich das Wort Herrn Regierungsrat Bühler.

Regierungsrat Bühler: Gerne möchte ich auf die Fragen von Grossrätin Holzinger eingehen. Sie hat mir diese vorgängig zugestellt und ich möchte wie folgt antworten. Zuerst, gibt es beim Kanton eine Inklusionsstrategie für Arbeitnehmende mit Beeinträchtigungen? Ja, der Kanton Graubünden will als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion in der Integration und der Betreuung

von Mitarbeitenden mit Behinderung einnehmen. Im Jahr 2023 wurde das Konzept Integration von Menschen mit Behinderung in der kantonalen Verwaltung überarbeitet. Die Regierung hat mit Regierungsbeschluss vom 27. Juni beschlossen, das Konzept fortzuführen. Das Konzept verfolgt im Wesentlichen zwei Hauptziele: Die kantonale Verwaltung bietet Unterstützung für die Wiedereingliederung im Arbeitsmarkt und die kantonale Verwaltung nimmt die soziale Verantwortung als öffentlich-rechtliche Arbeitgeberin wahr und bietet Menschen mit einer Behinderung einen angepassten Arbeitsplatz.

Das Personalamt nimmt eine koordinierende Rolle ein und unterstützt die Betreuenden und Vorgesetzten der entsprechenden Mitarbeitenden. Zudem hat die Regierung beschlossen, den Dienststellen jährlich maximal 5000 Franken zusätzliche Mittel für Leistungsprämien pro betreuten Mitarbeitenden zu sprechen. Dies um dem möglicherweise erhöhten Betreuungsaufwand Rechnung zu tragen und den Dienststellen die Möglichkeit zu geben, diese Betreuungsleistungen des beruflichen Umfelds auch finanziell zu ästimieren. Im Grundsatz erfolgt die Finanzierung der Lohnkosten in der Regel über die Dienststelle. Sofern diese nicht über genügend finanzielle Mittel verfügt, kann die Finanzierung teilweise oder vollständig über den allgemeinen Personalbereich erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass Anstellungen für Arbeitnehmende mit Beeinträchtigungen schlussendlich nicht als finanzielle Hürden scheitern.

Dann zur zweiten Frage. Wie viele Mitarbeitende mit Beeinträchtigungen arbeiten beim Kanton? Momentan arbeiten 17 Mitarbeitende mit Beeinträchtigungen beim Kanton bei aktuell rund 3900 Mitarbeitenden. Und seit dem Start des Projekts wurde bereits deutlich mehr als 100 Anstellungsverhältnisse mit Menschen mit einer Beeinträchtigung abgeschlossen. Dann, wie viele Ausbildungsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen stellt der Kanton zur Verfügung? Die kantonale Verwaltung wird ab 1. August 2024 einen Ausbildungsplatz für einen blinden Lernenden zur Verfügung stellen. Aktuell sind es 74 Lernende.

Standespräsident Caluori: Dann fahren wir fort mit Entwicklungsschwerpunkt 1.3 Initiativen zum Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung. Herr Kommissionspräsident?

ES 1.3 Initiativen zum Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingūnas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Mikrofon ist offen fürs Plenum. Grossrat Binkert, Sie haben das Wort.

Binkert: Ich spreche zum Entwicklungsschwerpunkt 1.3 Initiativen zum Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung. Ich frage mich, ist das Ziel richtig formuliert oder die Massnahme im Kontext richtig? Den Fachkräfte- und Mitarbeitermangel werden wir diese Ses-

sion noch einige Male ansprechen und wohl in verschiedenen Worten noch zu hören bekommen. Mit den Entwicklungsschwerpunkten 1.2 und 1.3 schafft die Verwaltung jedoch neue Konkurrenz zur Privatwirtschaft, welche mit genau denselben Herausforderungen zu kämpfen hat. Die Grundprobleme für die Gesellschaft werden damit jedoch nicht gelöst. Das Ziel müsste sein, eine Effizienzsteigerung durch Optimierungen in Prozessen sowie der Hinterfragung von gewissen Gewohnheiten zu erreichen. Ich hoffe sehr, dass einiges davon mit dem von uns beschlossenen Digitalisierungsschritt geschehen wird. Der Fokus muss aber nicht nur in der Digitalisierung, sondern in den gesamten Verwaltungsleistungen, und da nehme ich auch uns Parlamentarier nicht davon aus, immer wieder auf eine kritische Hinterfragung der Prozesse und Abläufe liegen. Wir werden uns nicht nur in der Verwaltung, sondern in der gesamten Wirtschaft darauf einstellen müssen, mit weniger Stellenprozenten auszukommen. Also, Effizienzsteigerung, Arbeitserleichterungen und Minimierungen der Zeitdiebe müssten die Massnahmen sein, um das Ziel zu erreichen. Und da haben wir als Parlament ebenfalls eine grosse Verantwortung und sicher Optimierungspotenzial. Wir alle müssen unseren Beitrag dazu leisten. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Regierung die Massnahmen noch einmal kritisch hinterfragt und noch etwas anpasst.

Standespräsident Caluori: Das Mikrofon ist offen für weitere Mitglieder des Rats. Dann gebe ich der Regierungsbank das Wort. Wünschen Sie das Wort? Wird nicht gewünscht. Dann fahren fort mit ES 1.4 Umsichtige und nachhaltige Finanzpolitik. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Mikrofon ist offen fürs Plenum. Regierungsbank? Dann fahren wir fort mit Regierungsziel 2 Die Attraktivität des Wirtschafts- und Wohnstandorts Graubünden stärken, die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion fördern und Bestrebungen zur Diversifikation des Tourismusangebots unterstützen. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungsziel 2

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen fürs Plenum. Grossrat Jochum, Sie haben das Wort.

Jochum: Cantone dei Grigioni quale Cantone dove vivere e lavorare. Faccio il mio intervento a titolo generale, cifra 2, anche se poi tocca in parte altri punti centrali di sviluppo. Sono pienamente d'accordo con il Governo quando asserisce che per la diversità del nostro Cantone è di primaria importanza la decentralizzazione. Perciò l'obiettivo di migliorare le condizioni quadro affinché gli insediamenti delle nostre vallate possano essere garantiti a lungo termine va assolutamente sostenuto. Che per questo siano

necessari ulteriori incentivi alla costruzione, al risanamento di edifici abitativi, come proposto al punto 2.3, non posso ancora dividerlo. Piuttosto si dovrebbe trovare soluzioni importanti, semplificazioni, per il processo di pianificazione e approvazione di progetti edilizi come prospettato al punto 3.1. Quale Podestà di Poschiavo, comune che deve ridurre la superficie disponibile per la zona residenziale, mista e centrale, e che si trova nel bel mezzo della revisione della pianificazione locale, vi posso assicurare che diventa pressoché impossibile comunicare alla popolazione le imposizioni che vengono dall'alto. La popolazione può comprendere diverse innovazioni, richieste quali le misure atte a mobilitare le riserve, può comprendere che si mettano dei paletti e che si prendano altre misure di questo genere. Ciò che rende molto difficile la comprensione è la complessità dovuta a tutte le altre imposizioni e direttive, per esempio lo spazio riservato alle acque, le zone di pericolo, interventi e inventari ISOS, quello degli immobili da proteggere, eccetera. Se inoltre pensiamo alla riduzione della zona edilizia, che va dimensionata al fabbisogno teorico per i prossimi 15 anni, definito in base al prospettato sviluppo della popolazione, la comunicazione riguardante gli indennizzi o risarcimenti non concessi per particelle non più azionate, diventa un atto suicida. Tanto di più se i proprietari vedono che magari dopo 15 anni sul proprio terreno diventa di nuovo possibile costruire, ma per questo si deve poi pagare la tassa sul plusvalore, allora il tutto diventa veramente incomprensibile. Dunque chiedo che prima, o forse meglio ancora, oltre a voler incentivare la costruzione o l'acquisto di immobili o il loro risanamento nelle zone di montagna, nelle valli periferiche, si provveda a lasciare più lotti a disposizione per l'edilizia e così contribuire anche a fare in modo che il prezzo del terreno non aumenti sproporzionalmente. Più un bene diventa raro e più il suo prezzo aumenta, proprio nelle nostre vallate per mantenere una popolazione stabile o permettere una crescita, è sicuramente un vantaggio avere il prezzo del terreno edilizio a un livello abbordabile. Tornando all'obiettivo numero 2 ritengo necessario ed efficace sostenere in modo non burocratico progetti e offerte importanti per lo sviluppo economico regionale in generale e anche quelli atti alla diversificazione dell'offerta turistica in particolare, grazie.

Standespräsident Caluori: Das Wort ist offen für weitere Mitglieder des Plenums. Regierungsbank? Dann fahren wir fort mit ES 2.1 Weiterentwicklung und Diversifizierung der Wirtschaft und des Tourismus. Herr Kommissionspräsident?

ES 2.1 Weiterentwicklung und Diversifizierung der Wirtschaft und des Tourismus

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Dann gebe ich Grossrat Kreiliger das Wort.

Kreiliger: Jeu seperstgisel, che jeu hai smaccau memia baul in nuf. «Die grosse Zeit des Skifahrens geht zu Ende aus ökologischen und aus gesellschaftlichen Gründen.»

Quella novitad hai buc jeu inventau, quella ei gest vegnida oz a miezdi entras il newsfeed dalla Frankfurter Allgemeine Zeitung, oz ils 12 da fevver 24.

Quei unviern ha ei gia pluviu pliras ga entochen 3000m. En discussiuns audel adina puspei: Quei ha ei gia adina dau. Quei constat buc: en quella intensitad, regularitad e frequenza ei quei niev. E tgi che crei buc e vul saver la cefras: Las mesiraziuns muossan per exempel, che las temperaturas medias annualas ein saugmentadas naven da 1961 tochen 2020 a Mustér da 5,9 grads sin 7,1 grads ed a Cuera, cheu naven da 8,9 grads sin 10,3 grads. En quels 1,4 grads ein ils onns da record 2022 e 2023 aunc buc calculai en. Malgrad quei svilup vegnan la neiv ed igl unviern a restar ina ferma petga dil turissem, il Grischun vegn era el futur ad haver cheu sias fermezias. Tuttina eis ei pli che giustificau da scriver, ch'il turissem Grischun s'orientescha memia fetg sin ils meins d'unviern. La finamira da svilup 2.1 metta la peisa sin turissem sur igl entir onn, diversificaziun e durablad (per bien romontsch: «Nachhaltigkeit»). Buca mo ord quei motiv che quei ein fetg veglias pretensiuns da nossa vart ein quellas finamiras da beneventar. Nus vein gia buns puncts da partenza per purschidas diversificadas e durablas sur igl entir onn: ils Parcs naturels e survetschs da ranger sesviluppeschon fetg bein. Biaras purschidas pintgas ella hotelleria sededicheschon cun success alla durabladad. Era tier il turissem da cultura vala ei da mirar sin detagls, sco per exempel sin «La Vitrina» ella Val Medel, ni ils «Progetti d'arte in Val Bregaglia».

Jeu less prender connex tier ils votums ch'ei gia vegni fats pertuccont il turissem d'unviern pertuccont il turissem digl entir onn e la durabladad. Jeu constateschel tier il tema durabladad ina certa bloccada, ina certa tema da quei plaid. Ins tema ch'il svilup vegni frenaus, ins tema ch'il profit vegni impediut. Jeu creiel ch'igl ei uras che nus mirein silla durabladad en detagl. La durabladad ei suenter la definiziun in triangel. Quei triangel exista buca mo ord ils puncts ecologia e social, quei triangel exista er ord il punct economia. Tgi che risguarda buc l'economia en la durabladad, manegia buc durabladad sco ella ei manegiada. Durabladad astga denton era tier il schinumnuu turissem industrial – quei vul dir las vacanzas da skis classicas cun grondas purschidas e gronda creaziun da valur – buc pli mo esser in alibi, in schinumnuu «Feigenblatt» ni in'acziun da marketing. Ins sa en quei connex sedumandar, sche la renomada via grischuna: il «Bündnerweg ohne Verbote und Gebote» tonscha. Enzanua stoi era dar in consentiment sincer, in schinumnuu commitment.

Finiu culs plaid tudestgs ed engles. Jeu sun dil meini ch'ils foss denter economia e schurmetg dalla natira ei finalmein da curclar. Ed igl ei da comunicar, tgei che nus havein gia cuntunschu en direcziun durabladad. Il coc ei la natira singulara ed intacta, secapescha. Buca alla fin havein nus denton era il Plan d'Acziun Green Deal, e cun quel vein nus in ferm mussament da durabladad. Pertgei ins sto veser la realitad: Buca mo ils unviarns pli cauld fan problems al turissem d'unviern, mobein oravontut la fieria globalisada da turissem, ch'ei suenter corona pli gronda che mai e che sebasea sin energia fossila. La situaziun actuala ei: pli aults cuosts - investiziuns e pagas - ed ina pli pintga purschida cumbinau cun in augment dallas temperaturas van en rudi pli e pli fetg. Mava la stagiun

d'unviern pli baul tochen suenter pastgas, eis ella ussa il fevver gia gleiti a fin. Mo cun ina fatschenta sur onn san ins curclar quels aults cuosts. E cun practicar in turissem durabel havein nus in argument da vendita exclusiv e fetg bunas schanzas da vegnir in actur principal sin quella fieria. Igl ei giustificau, da buca practicar in «vinavon sco tochen dacheu». Engraziel fetg da definir ed er da realisar la finamira da svilup 2.1!

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Fahren wir fort mit Entwicklungsschwerpunkt 2.2 Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Bündner Unternehmen und damit des Kantons. Herr Kommissionspräsident.

ES 2.2 Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Bündner Unternehmen und damit des Kantons

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Grossrätin Said Bucher, Sie haben das Wort.

Said Bucher: Ich möchte an diesem Punkt sagen, dass ich es sehr begrüsse, dass dieses Regierungsziel auch die Stärkung der Innovationskraft und des Know-hows der landwirtschaftlichen Produktionen und der nachhaltigen Lebensmittelproduktion vorsieht. Als Kanton mit einer Grasland-basierten Landwirtschaft wird es in einem sich verändernden Umfeld immer wichtiger, sich zu positionieren. Bei steigender Bevölkerung, Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche und kritischer geopolitischer Lage ist die Ernährung der Bevölkerung entscheidend. Es werden in der Forschung und auf nationaler Ebene drei Szenarien diskutiert. Erstens der biologisch-technische Fortschritt, in welchem auch das Moratorium zur Gentechnik zur Disposition steht. Zweitens die Intensivierung der ökologischen und diversen Produktion, was auch unser Grasland-basiertes Wirtschaften stärken würde. Und drittens die Produktion neuartiger Lebensmittel. Und in diesem Punkt bin ich der Meinung, dass wir eben unser Know-how verstärken sollten und uns gut überlegen sollen, wie wir unsere Landwirtschaft hier positionieren. Und zwar so, dass auch langfristig ein Markt für unsere Bauern und Bäuerinnen im Tal und Berg bestehen bleibt. Und ich würde mich freuen, wenn wir dieses Thema auch im Rahmen von der Weiterentwicklung des Know-hows angehen und diskutieren können.

Standespräsident Caluori: Wir fahren weiter mit dem Entwicklungsschwerpunkt 2.3 Kantonale Wohnbauförderung weiterentwickeln und ausbauen. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

ES 2.3 Kantonale Wohnbauförderung weiterentwickeln und ausbauen

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Loi, Sie haben das Wort.

Loi: Wie das meiste, was aus der Feder der Regierung stammt, ist auch dieses Regierungsprogramm hervorragend geschrieben und lässt wirklich hoffen und erahnen, dass die Regierung ernste Absichten hat, welche auch in der Peripherie sehr ankommen. Wenn ich aber bei 2.3 lese, unter anderem, die kantonale Wohnbauförderung bildet ein zeitgemässes und attraktives Fördersystem, das einen Beitrag zur dezentralen Besiedelung leistet, dann möchte ich doch zu bedenken geben, dass für eine dezentrale Besiedelung auch verfügbares Land, Bauland vorhanden sein muss. Wir sehen es dann später auf Punkt 3.1 ebenfalls wieder. Und da bitte ich doch, oder gebe ich zu bedenken, dass im Zusammenhang mit der Revision der Raumplanung und der Ausscheidung von Gefahrenzonen oder allerlei anderen Zonen die Entwicklung eben in eine andere Richtung läuft. Das heisst, dass es in peripheren Gebieten wie im Avers praktisch unmöglich ist, irgendetwas zu bauen. Bitte bedenken Sie diesen Umstand und gehen Sie da, wenn es wirklich darauf ankommt, bei raumplanerischen Fragen mitzureden, dass man diesen Umständen Rechnung trägt und auch die Möglichkeit schafft, dass überhaupt gebaut werden kann.

Kasper: ES 2.3 Kantonale Wohnbauförderung weiterentwickeln und ausbauen, dieser Entwicklungsschwerpunkt mit den Massnahmen und der Erläuterung liest sich sehr harmonisch. Das wäre wirklich eine sehr positive Entwicklung, wenn dieser Entwicklungsschwerpunkt, so wie hier geschrieben, auch innert nützlicher Frist umgesetzt werden könnte. Nützliche Frist heisst für mich schnell. Meine Frage an die Regierung: Hat die Umsetzung von diesem Entwicklungsschwerpunkt gegenüber allen anderen Hindernissen beim ganzen Bewilligungsprozess für Baugesuche einen Vorrang? Zweite Frage: Hat dieser Entwicklungsschwerpunkt auch einen Einfluss auf die Ortsplanung? Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Preisig: Ich habe zu diesem Entwicklungsschwerpunkt 2.3 eine Anregung und eine Frage. Zuerst zur Anregung, auch ein bisschen gerade in Beantwortung an den Einwand von Grossrat Loi. Ich ersuche die Regierung, hier den Titel zu ändern und nicht von einer kantonalen Wohnbauförderung, sondern von einer Wohnraumförderung zu reden. Der jetzige Titel stellt den Bau von Wohnraum in den Vordergrund. Eine Wohnraumförderung wäre umfassender, nicht wertend und würde implizit auch die Förderung des bestehenden Wohnraums miteinschliessen. Bestehende Bauten maximal als Wohnraum zu nutzen, belastet die Umwelt und Landschaft viel weniger als auf der grünen Wiese neue Wohnbauten zu erstellen. Erhalten statt abreißen, erhöhen statt anderswo zu bauen, unge-

nutzte Bauten nutzen, das entspricht einer gelebten Kreislaufwirtschaft gemäss ES 7.3. Dazu und zu diesem Schwerpunkt wird Kollege Gredig noch weitere Ausführungen machen. Ich komme nun zu meiner Frage. Im Finanzplan sind finanzielle Mittel zur Wohnraumförderung vorgesehen. Können Sie mir noch Ausführungen zum Zeitplan der Wohnraumförderung machen beziehungsweise mitteilen, wann der Gesetzesvorschlag vorliegt?

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Entwicklungsschwerpunkt 2.3 aus dem Plenum? Das ist nicht der Fall, dann gebe ich Regierungsrat Caduff das Wort.

Regierungsrat Caduff: Ich beginne mit der Frage von Grossrat Kasper. Er fragt, ob die Umsetzung von diesem Entwicklungsschwerpunkt gegenüber allen anderen Hindernissen beim ganzen Bewilligungsprozess einen Vorrang hat. Ich bin mir nicht genau sicher, ob ich die Frage wirklich verstanden habe. Die Wohnbauförderung hat mit diesem Bewilligungsprozess für Bauen beziehungsweise mit der Raumplanung keinen direkten Zusammenhang. Die kantonale Wohnbauförderung soll finanzielle Unterstützung leisten, einerseits im Rahmen der bereits bekannten WS, also die Beiträge an Personen, welche in bescheidenen finanziellen Verhältnissen im Berggebiet leben. Das haben wir hier verschiedentlich thematisiert. Dort müssen wir die Schwellen anpassen, weil die Limiten heute aufgrund der Bauteuerung zu eng definiert sind und der Vorschlag wird dann wahrscheinlich auch sein, wobei Sie darüber entscheiden, dass wir mehr Mittel zur Verfügung stellen. Bis anhin waren es 1,3 Millionen Franken pro Jahr. Dies konnte in den letzten zwei drei Jahren nicht voll ausgeschöpft werden, eben, weil die Kriterien zu streng angesetzt werden. Wir überlegen uns, hier beispielsweise eine Summe von drei Millionen Franken vorzusehen. Wie gesagt, Sie entscheiden darüber, ob man das will oder nicht.

Und der zweite Punkt, das ist dieser sogenannte Fonds de Roulement, wo wir gemeinnützige Wohnbauträger finanziell unterstützen möchten. Und da kann ich gerade die Antwort an Grossrätin Preisig geben. Wir sind derzeit daran, dieser Gesetzesentwurf oder eben dieser Gesetzestext steht im Entwurf. Ich gehe davon aus, dass wir die Vernehmlassung nach den Sommerferien starten können. Also noch in diesem Jahr sollte die Vernehmlassung kommen, damit wir dann voraussichtlich im nächsten Jahr, das wäre dann 2025, das hier drin debattieren können.

Dann noch die zweite Frage von Grossrat Kasper. Besten Dank für die Zustellung vorgängig, darum habe ich sie auch hier vor mir. Ob dieser Entwicklungsschwerpunkt einen Einfluss auf die Ortsplanung hat? Nein, das hat keinen Einfluss auf die Ortsplanung. Das ist eine komplett separate Schiene. Wie gesagt, hier geht es primär um finanzielle Unterstützung, sei es von Personen im Berggebiet in bescheidenen Verhältnissen oder eben von gemeinnützigen Wohnbauträgern.

Standespräsident Caluori: Dann fahren wir weiter mit Entwicklungsschwerpunkt 2.4 Wertschöpfung durch

nachhaltige Lebensmittelproduktion unter Erhalt der Produktionsgrundlagen und der Tiergesundheit. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

ES 2.4 Wertschöpfung durch nachhaltige Lebensmittelproduktion unter Erhalt der Produktionsgrundlagen und der Tiergesundheit

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Offen fürs Plenum. Dann gebe ich Grossrat Roffler das Wort.

Roffler: Die Regierung schreibt in ihren Erläuterungen, in Koordination mit dem Bund sind bei den Massnahmen im Infrastruktur- und Marktbereich die zukünftigen strategischen Schwerpunkte für den Kanton zu setzen und der Mittelbedarf im Finanzplan abzubilden. Ich begrüsse diesen Satz sehr, den die Regierung in ihren Erläuterungen schreibt. Auch angesichts der hohen Dichte an Gesuchen für die Infrastruktur in der Landwirtschaft möchte ich die Regierung anhalten und darum bitten, dies möglichst rasch an die Hand zu nehmen.

Loi: Grossrat Roffler hat es bereits gesagt. In Anbetracht der Tatsache, dass sehr viele Projekte in Melioration und landwirtschaftlicher Strukturverbesserungen in der Pipeline sind, aber nicht realisiert werden können, weil die Bundesmittel fehlen, stelle ich die Frage, ob nicht der Kanton mindestens zwischenzeitlich finanziell Projekte anstossen könnte, damit sich die ganze Pipeline ein bisschen entleert und dem Strukturwandel neuer Schwung verliehen werden könnte.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich Regierungsrat Caduff das Wort.

Regierungsrat Caduff: Ja, das System ist etwas mühsam, wenn ich so sagen darf. Weil, es ist tatsächlich so, dass der Bund die Finanzierung von Strukturverbesserungsvorhaben etwas geändert hat und aufgrund dessen stehen uns weniger Mittel zur Verfügung. Wir haben priorisiert. Wir unterstützen vor allem Hochbauten, wo lediglich zehn Prozent mittlerweile des Bundes kommen, der Rest kommt vom Kanton. Ob dann diese Mittel zurückkommen, weil andere Kantone ihr Budget nicht ausgeschöpft haben, das kann ich heute nicht sagen. Es ist nicht ausgeschlossen. Aber ich weiss es schlicht und einfach nicht. Und auch wenn wir mehr Mittel hätten, der zweite Punkt liegt ein wenig bei den Personalressourcen, bei unseren Ämtern. Also, es ist nicht nur des ALG, das ist auch der Plantahof, welcher die betriebswirtschaftlichen Berechnungen macht. Der Hochbau ist viel weniger planbar als der Tiefbau. Beim Tiefbau als Strukturverbesserung können wir viel besser planen, weil da hat man grössere Projekte bei Meliorationen, bei Bewässerungen, die dann etappenweise Jahr für Jahr gesprochen werden. Bei den Hochbauten, das ist dann immer schwierig zu beurteilen, wie viel können wir abwickeln, unterstützen und wie viel

nicht. Die Pipeline ist tatsächlich mit 120 Projekten gefüllt, und wir können etwa 25 pro Jahr abarbeiten. Darum haben wir gesagt, jetzt für zwei Jahre keine Gesuche mehr einreichen. Weil die gehen einfach auf die Warteliste und vor 28 kommt nichts. Das ALG hat den Auftrag, zu prüfen, ob wir es beschleunigen können, ob wir irgendwo etwas tun können. Das haben wir aber erst letzte Woche besprochen. Ich kann im Moment das Resultat nicht vorwegnehmen, schlicht und einfach, weil ich es nicht weiss.

Standespräsident Caluori: Dann fahren wir mit dem Entwicklungsschwerpunkt 2.5 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter. Herr Kommissionspräsident?

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen fürs Plenum? Regierung? Dann fahren wir weiter mit dem Regierungsziel 3 Rahmenbedingungen und Voraussetzungen so gestalten, dass eine bedarfs- und standortgerechte Raumentwicklung ermöglicht wird, Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident?

Regierungsziel 3

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Luzio, Sie haben das Wort.

Luzio: Estimado Seppo, muchas gracias por esta interesante demostración de inteligencia artificial. Disculpame Seppo, pero no suenas muy simpático en árabe. Heisse Kartoffel Wohnraumknappheit. Hier kann uns die künstliche Intelligenz alleine wohl bei bestem Willen nicht aus der Patsche helfen. Die Problematik ist bekannt, akut und die Lösung noch in weiter Ferne. Vielen Dank an die Regierung, dass sie diese Thematik sehr ernst nimmt und versucht, hier den Gemeinden unter die Arme zu greifen und die Gemeinden nicht alleine lässt mit dem heissen Nachtschattengewächs in den Händen. Massnahmen wie die Vereinfachung von Planungs- und Bewilligungsverfahren und die Baulandmobilisierung, welche die Regierung vorschlägt, finde ich adäquat gewählt und Letzteres vor allem mittel- und langfristig zielführend. Wie die Regierung ausführt, sind die Gemeinden zuständig für die Baulandmobilisierung. Aber dafür müssen sie eben die entsprechenden Rahmenbedingungen haben. Denn Bauland ist leider nicht so schnell mobilisiert, nicht in nützlicher Frist, rasch oder wie man es auch nennen möchte. Je nachdem können diese Verfahren gut und gerne zehn Jahre dauern bei allfälligen Einsprachen und Bremsbemühungen seitens der zu mobilisierenden Eigentümerinnen und Eigentümern. Wir haben das Problem jetzt. Und wenn wir jetzt nicht handeln, dann brauchen wir in zehn Jahren ausserhalb der Ballungszentren auch kein Bauland mehr und vor allem auch keine Raumplanung. Nur mit Hilfe der langwierigen Baulandmobilisierung

werden wir der Herausforderung des fehlenden Wohnraums nicht Herr. Meine Bitte an die Regierung ist, diese Thematik weiterhin sehr ernst zu nehmen und alle möglichen Hebel umzulegen, an welche der Kanton heranreicht, um so die Wohnraumproblematik zu entschärfen und die Gemeinden bei diesem Prozess zu unterstützen.

Tomaschett: Jeu dun ella medema crena sco cusseglier Luzio da Cunter. Il tema ei fetg fetg actuals, il tema ei fetg impurtonts ed aschia hai jeu era legiu cun grond interess Vies secund, schinumnu «Absatz», e leu scheis Vus: la Regenza less el futur prender ina rolla pli activa, cu ei va pil svilup dil terren ed era saver cussegliar vischnauncas en quei affar da nezegiar ora las cundiziuns da rama ed era dar ad els in cert sustegn. Mia damonda alla Regenza: Jeu hai empriu ina gada da miu collega, dasperas saniester da mei, da cusseglier Reto Loepfe, lez ha detg a mi ualti all'entschatta: Sas Maurus, cu ei va per propi las bunas tematicas, quei che pertucca svilup ella muntogna. Lu essan nus semplamein ellas fallidas retschas. Lu stuess ins saver ir a Bern. Ed igl ei era aschia, la planisaziun dil terren, il schurmetg da la natira ed en princip tut quella tematica che nus duvrein da sesviluppar en nies cantun, quellas vegnan fatgas a Bern e mia damonda ei: Co savess – sche la Regenza scriva ch'ei san sustener las vischnauncas en quellas cundiziuns da rama – co savessan quellas cussegliaziuns vester ora, co concret? Nua vesis Vus cheu in spazi da segidar?

Standespräsident Caluori: Grossrat Koch, Sie haben das Wort. Sie haben fälschlicherweise gedrückt? Dann fahren wir weiter mit Grossrätin Mazzetta.

Mazzetta: Ich begrüsse sehr, dass der Kanton hier den Gemeinden unter die Arme greifen will in Form von Beratung, von Hilfestellungen, Pilotprojekten, die man unterstützen kann. Mir fehlt aber eine explizite Erwähnung der altrechtlichen Wohnungen, die ja zurzeit ausverkauft werden. Auch hierzu braucht es Beratung, brauchen die Gemeinden Lösungsmöglichkeiten, die man ihnen aufzeigt, wie sie mit dieser Problematik umgehen können. Ich hätte gern eine Auskunft dazu, ob das hier mitgemeint ist.

Claus: Das, was wir hier als Massnahmen sehen, wenn Sie dann konkret auf der Seite 493 nachschauen, sehen Sie «Die Komplexität im Planungs- und Bewilligungsverfahren thematisieren und soweit in kantonaler Kompetenz und bundesrechtskonform reduzieren.» Das will diese Beratung. Ich kann mir nicht vorstellen, so ohne dass ich allzu staatsgläubig wäre, dass diese Beratung das ist, was wir hier brauchen. Wir brauchen genau das Gegenteil. Wir brauchen Aufzeichnen des Spielraumes, das die Gemeinde noch hat. Und da sind die Gemeinden vielleicht besser beraten, wenn sie sich ihren Spielraum selber suchen, statt bereits obrigkeitgläubig nachzufragen, was überhaupt möglich ist. Ich glaube nicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind und ich möchte diese Kritik hier anbringen. Sie wird gerne totgeschwiegen. Aber ich glaube, dass die Lebendigkeit in der Entwicklung von den Gemeinden aus kommen muss und nicht in einschränkender Beratung erfolgen kann.

Metzger: Die von der Regierung präsentierten Massnahmen sind richtig formuliert. Ich fordere aber nicht nur Worte, sondern Taten. Bauland mobilisieren und wo das auf Widerstände stösst, nicht auszonen, sondern einzonen. Es gibt nur eine Lösung in Zeiten von knappem Wohnraum, und die heisst bauen, bauen und nochmals bauen. Das kantonale Raumplanungsgesetz ist materiell und verfahrensrechtlich ein Flickwerk, zu umfangreich, zu detailverliebt. Das Musterbaugesetz der Bündner Vereinigung für Raumentwicklung mag für wenige grössere Gemeinden umsetzbar sein, für Gemeinden in Talschaften ohne eigenen Rechtsdienst ist dieses Musterbaugesetz viel zu detailverliebt und schlichtweg nicht umsetzbar im normalen Alltag. Es muss ein bau- und bürger- und investorenfreundliches und ein gemeindeverwaltungsfreundliches kantonales Raumplanungsgesetz her, das rasch zu raumplanungsrechtlichen Revisionen, sprich Revision der kommunalen Grundordnung, und raschen Baubewilligungsverfahren führt. Die Umsetzung des Eidgenössischen Raumplanungsgesetzes muss nicht noch durch Bündner Vorschriften verschärft werden. Das Gegenteil muss der Fall sein. Das würde das Bauen fördern und damit auch zu mehr Wohneinheiten führen. Damit gelänge es, das knappe Angebot zu beseitigen, denn damit kämen wir zum Wohnraum. Meine Frage: Ist die Regierung bereit, im Rahmen ihres dem Grossen Rat präsentierten Massnahmenkonzepts mit höchster Dringlichkeit auch ein völlig neues, um nicht zu sagen revolutionäres kantonales Raumplanungsgesetz vorzulegen, das einerseits kommunale Raumplanungsrevisionen rasch beschliessen und genehmigen lässt und das andererseits die Gemeinden viel einfachere Baugesetze einführen lässt und zudem die Baubewilligungsverfahren inklusive anschliessende Gerichtsverfahren beschleunigt?

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Ich gebe das Wort Herrn Regierungsrat Caduff.

Regierungsrat Caduff: Ja, über das Thema könnten wir jetzt stundenlang diskutieren. Bodenverfügbarkeit, Bauen, mangelnder Wohnraum, es gibt mittlerweile auch relativ viele Studien zum Thema. Und eins, da bin ich mit Grossrat Metzger einig, wir müssen an und für sich bauen, also eine Angebotsausweitung. Wir müssen deregulieren, und wir müssen eine Begrenzung bei den Einsprachen haben. Theoretisch tönt das sehr einfach. In der Praxis habe ich grosse Zweifel, dass dies möglich sein wird. Das Gute, und wir haben ja letzte Woche die Avobis-Studie, also die Studie zur Wohnraumsituation und zur Wohnsituation in Graubünden publiziert: Wir haben gesehen, dass 2019/2020 hatten wir den Tiefpunkt in der Bautätigkeit, oder besser gesagt bei den Bewilligungen. Seither hat das zugenommen und ich gehe davon aus, dass wir die Talsohle oder den schlimmsten Teil überstanden haben im Gegensatz zur Schweiz. In der Schweiz sehen wir diese Tendenz ja noch nicht. Aber in Graubünden sehen wir zumindest derzeit und das, was die Studie analysiert, dass mehr Baubewilligungen erteilt wurden, dass mehr gebaut wird.

Vielleicht noch das Argument, wir müssten mehr Bauland haben. Es gibt auch eine Studie, welche im Auftrag des

BWOs oder des Bundesamts für Wohnungswesen erstellt wurde mit dem Metropolitanraum Zürich, durchgeführt von der Uni Bern und von der Beratungsfirma IAZI. Da kommt man zum Schluss, dass, wenn genug Bauland zur Verfügung steht, hat das zwar einen geringen Einfluss auf den Preis, es macht etwa 7 bis 8 Prozent aus. Der weitaus grösste Anteil auf die Preise haben die Marktkräfte, also angebotsseitig und nachfrageseitig. Nachfrageseitig ist das Einkommen pro Kopf, und was wir nicht vergessen dürfen, das Wachstum der Bevölkerung entscheidend. Wir sagen, wir wollen attraktiv sein als Ort zum Leben und Arbeiten und sind nachher erstaunt, wenn die Menschen kommen und dann halt auch Wohnraum brauchen. Also da sind wir ein Stück weit auch Opfer unseres eigenen Erfolgs. Und auf der Angebotsseite sind die wichtigen Kriterien das Zinsniveau, die verkehrstechnische Erreichbarkeit und das Steuerniveau einer Gemeinde. Das sind die Treiber auf der Angebotsseite. Und das macht 70 Prozent aus, ob man nun attraktiv ist und Wohnraum gesucht ist oder nicht. Und wenn man Bauland ausweitet, dann ist es ja noch nicht garantiert, dass es keine Hortung gibt. Das Problem hat man damit immer noch nicht gelöst.

Es wurde auf die Innenverdichtung hingewiesen. Die gleiche Studie kommt zum Schluss, dass ein verdichtetes Bauen häufig auch bedeutet, dass älterer, günstiger Wohnraum durch Neubauten ersetzt wird. Die Autoren der Studie vertreten sogar die These, dass verdichtetes Bauen nicht nur Einfluss auf die Wohnkosten hat, es geschieht eher dort, wo die Kosten bereits hoch sind. Denn verdichtetes Bauen ist kostspieliger als Neubauten auf grüner Wiese. Also sollten wir eher Anreize schaffen, dass nicht alte Substanz abgerissen wird und neu aufgebaut wird, was aber ökonomisch uninteressant ist. Die Raumplanung eröffnet Möglichkeiten, aber eben die Marktkräfte sind viel viel stärker als raumplanerische Instrumente.

Und dann geht man auch der Frage nach, was für Kosten Bewilligungsverfahren verursachen. Und das sind relativ teure Kosten, die sich nachher dann auch auf den Wohnraum auswirken. Und es kommt noch dazu, dass die Verfahren halt dann länger dauern. Und einsprachegefährdet sind vor allem Projekte im Innern, also bei der Innenverdichtung. Es ist eher mit Einsprachen zu rechnen, wenn ich jemandem vor der Nase, plakativ gesagt, etwas hinstelle, als wenn ich etwas auf der grünen Wiese hinstellen kann.

Einfach auch, dass Sie einmal die Denkweise auf Bundesebene verstehen. Das Bundes-ARE hat ausgerechnet, dass wir einen Anteil an Bauzonen, der noch nicht überbaut ist, von 10 bis 16 Prozent haben. Und sie rechnen dann, das gibt einen theoretischen Platz von 0,9 bis 1,6 Millionen zusätzlichen Einwohnern für die ganze Schweiz. Das ist Theorie. Jetzt ist aber die Frage, ob die Bauzonen am richtigen Ort sind. Aber das interessiert leider nicht. Und darum ist diese Theorie ja nicht ganz stichhaltig, und das trägt sicher zur Verknappung des Bodens bei. So, das die allgemeinen Ausführungen.

Es wurden noch zwei Fragen gestellt. Die eine Frage von Grossrat Tomaschett, wo der Kanton die Gemeinden unterstützen kann. Das steht an und für sich in den Ausführungen. Das ist bei der Baulandmobilisierung, das ist bei Unterstützung von Pilotprojekten. Also, wenn irgendwel-

che Pilotprojekte kommen, dann können wir hier versuchen zu unterstützen oder bei der Durchführung von Tagungen. Und das, dieses Instrument würde ich nicht unterschätzen. Denn ich finde es hochspannend, wenn verschiedene Gemeinden ihre Instrumente vorstellen können und so die Gemeinden voneinander profitieren können. Die IG-Kleingemeinden, das war nicht der Kanton, die IG-Kleingemeinden hat eine Tagung dazu organisiert. Da war die Gemeinde Sumvitg als ländliche Gemeinde, da war die Gemeinde Domat/Ems, Erich Kohler, als Agglomerationsgemeinde, und dann war die Gemeinde Pontresina mit Nora als Tourismusgemeinde. Und die Instrumente, die angewendet werden, sind so unterschiedlich, weil die Herausforderungen auch dermassen unterschiedlich sind. Und das finde ich durchaus sinnvoll, dass wir so Tagungen auch organisieren, da dieser Erfahrungsaustausch stattfinden kann.

Herr Metzger fordert die Revolution. Ich befürchte zu einer Revolution wird es nicht kommen. Das Gesetz wurde im 2018 hier drin beraten, verabschiedet. Wir gehen ergebnisoffen an diese Aufgabe heran, versuchen, die Komplexität wirklich zu reduzieren, dort, wo es in unserer Kompetenz liegt. Aber ich habe wirklich die Befürchtung, dass es nicht zu einer Revolution kommen wird.

Mazzetta: Ich muss nachhaken, weil meine Frage wurde nicht beantwortet. Es geht um die Lösungen gegen den Ausverkauf von den altrechtlichen Wohnungen, die zu Zweitwohnungen umgewandelt werden. Ist hier, bei dieser Unterstützung durch den Kanton für die Gemeinden, auch diese Thematik mit drinnen?

Regierungsrat Caduff: Ja, Entschuldigung, ich habe es mir notiert, aber übersehen. Die altrechtlichen Wohnungen, da gibt es ja sehr verschiedene Modelle. Und das sehe ich dann wieder eher im Bereich des Erfahrungsaustausches, dass die Gemeinden die Erfahrungen, die sie machen, untereinander austauschen können. Die Frage wurde mehrmals ja hier drin thematisiert, ob der Kanton hier bereit ist, übergeordnet zu regulieren. Die Antwort habe ich mehrmals gegeben. Die Antwort hat auch der Grosse Rat selber bereits gegeben, indem er sagt, das ist nicht Sache des Kantons, sondern die Gemeinden wissen es selber besser vor Ort, was die Bedürfnisse sind. Wenn es aber natürlich Lösungen gibt, die eine Gemeinde hat, und eine andere Gemeinde fragt uns an, kann man diese Lösungen sicher miteinander teilen, sofern die Gemeinde B dann oder A damit auch einverstanden ist.

Standespräsident Caluori: Nun schalten wir eine Pause ein bis 16.35 Uhr. Ich möchte vorher aber noch meinem Kollegen Luzio in Spanisch danken. Muchas gracias por sus amables palabras en español. *Heiterkeit*

Pause

Standespräsident Caluori: Darf ich um etwas Ruhe bitten? Setzen Sie sich bitte. Wir möchten mit der Debatte weiterfahren. Besten Dank. Wir fahren auf der Seite 493 mit dem Entwicklungsschwerpunkt 3.1, Bodenverfügbarkeit sicherstellen, fort. Ich gebe das Wort dem Herrn Kommissionspräsidenten.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen für das Plenum. Regierungsbank? Wir kommen zum Regierungsziel 4 Die öffentliche Sicherheit in einem sich stetig verändernden Umfeld garantieren. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident?

Regierungsziel 4

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen fürs Plenum. Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 4.1 Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Herr Kommissionspräsident?

ES 4.1 Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Mitglieder aus dem Plenum? Grossrat Degiacomi, Sie haben das Wort.

Degiacomi: Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität war in diesem Rat schon mehrfach Thema. Unter anderem habe ich im Jahr 2021 mit einer Anfrage auf die Situation der Bekämpfung des Menschenhandels aufmerksam gemacht. Ich war damals teilweise befriedigt mit der Antwort der Regierung, weil ich gesehen habe, dass die Bemühungen auf verschiedenen Ebenen da sind. Mit einem Punkt war ich nicht so ganz zufrieden. Das war der Punkt betreffend einer Kooperationsvereinbarung mit der schweizerischen Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ. Und da frage ich mich jetzt, ob in der Zwischenzeit etwas gelaufen ist? Ich wäre froh, wenn vielleicht der zuständige Regierungsrat diesbezüglich Ausführungen machen könnte.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Dann gebe ich Regierungsrat Peyer das Wort.

Regierungsrat Peyer: Ich kann die Frage von Grossrat Degiacomi wie folgt beantworten: Die Kantonspolizei hat zusammen mit dem SoA, mit der FIZ, Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Sie läuft für die Jahre 2024 bis und mit 2027. Sie kann dann aber auch verlängert werden natürlich. In der Vereinbarung steht, dass man jeweils im Juni, also sechs Monate im Voraus, darüber diskutiert, ob sie verlängert werden soll. Der wesentliche Inhalt der Leistungsvereinbarung lautet, die Auftragnehmerin, also die FIZ, übernimmt die Beratung, Betreuung und Unterbringung von Opfern von Menschenhandel, für welche der Auftraggeber zuständig ist. Sie gewährleistet den Opfern

und deren Angehörigen die notwendige Beratung, Soforthilfe und längerfristige Hilfe. Das ist der wesentliche Inhalt.

Standespräsident Caluori: Wir fahren mit dem Entwicklungsschwerpunkt 4.2 Sicherheit im Grenzraum und an den Landesgrenzen fort. Herr Kommissionspräsident?

ES 4.2 Sicherheit im Grenzraum und an der Landesgrenze

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Grossrat Maurizio Michael, Sie haben das Wort.

Michael (Castasegna): Io mi permetto su questo punto, per motivi di economia della discussione, a parlare di due aspetti che riguardano la frontiera. Allora, l'1 l'abbiamo già passato, figura all'interno delle priorità tematiche 2.5 che riguarda la cooperazione transfrontaliera e il secondo riguarda la copertura e la sicurezza nelle aree di frontiera. Premetto alcune considerazioni di carattere anche più personale. Io sono nato e cresciuto in un paese di frontiera, dove c'è la dogana, dove c'è il confine. Mio padre faceva la guardia di confine, ho vissuto per diversi anni nella prima casa svizzera, quindi nella casa della dogana, in dogana a Castasegna. Sono stato più avanti sindaco del Comune di Castasegna, ho avuto molti contatti e molte relazioni nell'area di frontiera, sia da una parte che dall'altra, ho giocato a calcio, quindi ho fatto uno sport in una società, nell'Associazione calcio Bregaglia dove in realtà i partecipanti o i membri della squadra erano per metà svizzeri e per metà italiani. Ho avuto mio figlio che addirittura ha giocato in una società italiana, quindi ha giocato da svizzero nelle giovanili della Chiavennese, quindi in Italia, di cui ha fatto anche il capitano, solo per capire, non importano i ruoli, ma per capire quanto la vicinanza di confine, di frontiera, crea anche unione, crea movimento. Mi permetto perciò di dire che, visto anche da questa prospettiva io forse in modo un po', non so come definirlo, un po' particolare mi posso definire o mi autodefinisco un esperto delle zone di frontiera. Adesso entro nel merito: che cosa sono le aree di frontiera? Le aree di frontiera sono luoghi di movimento, di traffico, di lavoro, di affari, di business. Ma anche aree, luoghi di diversità, dove ci sono interessi comuni ma anche interessi divergenti, dove c'è concorrenza, dove c'è comprensione e dove c'è incomprendimento.

Questa situazione è interessante da un lato e difficile e problematica dall'altro. Quindi è fondamentale che le aree di frontiera, ma il nostro Cantone ha molte frontiere, molti percorsi, molte aree, molte dogane, molti confini, è assolutamente necessario che lungo queste aree ci sia una forte collaborazione, una conoscenza reciproca e una volontà di affrontare insieme dei temi e i problemi e le sfide del territorio. Ce ne rendiamo conto sempre di più anche perché le condizioni, soprattutto del lavoro, economiche e sociali stanno cambiando nel tempo e creeranno nei prossimi anni delle grosse difficoltà, immaginiamo. Sono molto

grato al Governo di aver tematizzato l'aspetto della cooperazione transfrontaliera e la volontà del Cantone di mettere maggiore peso su quella che è la cooperazione transfrontaliera. Quindi da questo punto di vista ripeto quelli che sono i miei complimenti o la mia soddisfazione iniziale. L'altro aspetto della frontiera è però sempre legato a questo movimento, a questo traffico, a questo traffico estremo in certi momenti, in un'area importante, io parlo adesso della Val Bregaglia, quindi in un'area che vive o che ha un collegamento, una via di passaggio internazionale, dalle grandi città della Lombardia a St. Moritz, addirittura l'Austria o la Germania. Quindi questa via è una via di movimento, è una via in cui ci sono molte persone che transitano, molte automobili, molta merce, ma anche in certe situazioni degli ospiti forse non tanto graditi. Quindi i problemi che sono legati a questa strada, che è una strada anche non semplice, ogni tanto è chiusa, ogni tanto forse è chiusa o viene annunciata una possibile chiusura entro le prossime 12 ore, come questo ultimo fine settimana, quindi ci troviamo in una strada molto battuta, ma da un lato poco coperta.

L'argomento del posizionamento della Polizia cantonale è già stato discusso più volte all'interno di questo Gran Consiglio. Io non ho intenzione di ritornare sulla discussione, stia pure tranquillo Consigliere Peyer. Ma penso che l'abbiamo lungamente discusso e anche in questo caso aprovo il fatto che da parte del Governo questo aspetto sia stato preso adesso realmente in considerazione, dove si prevede una rivalutazione del posizionamento della Polizia cantonale nelle zone e nelle aree di frontiera e quindi io spero che questa valutazione che viene fatta terrà veramente conto di quelli che saranno o sono i problemi attuali e saranno i problemi futuri e si possano trovare delle soluzioni compatibili con quelli che sono il bisogno di sicurezza, il sentimento di sicurezza della popolazione da un lato, ma anche la capacità di intervento della Polizia cantonale in modo che la sicurezza sia garantita e che anche chi lavora per la polizia stessa, gli agenti, possano percepire in modo positivo il loro compito.

Standespräsident Caluori: Das Wort ist offen für weitere Kommissionsmitglieder. Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Dann fahren wir fort mit dem Entwicklungsschwerpunkt 4.3 Vorbereitung Kantonalen Führungsstab (KFS) auf multiple und komplexe Krisen. Herr Kommissionspräsident?

ES 4.3 Vorbereitung Kantonalen Führungsstab (KFS) auf multiple und komplexe Krisen

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Grossrat Loepfe, Sie haben das Wort.

Loepfe: Ich spreche zuerst zur Massnahme langfristige Strategie im Bereich Schutzraum entwickeln, zum Satz «Des Weiteren setzt die Behebung der Schutzplatzdefizite in vielen Beurteilungsgebieten eine langfristige Planung für den Bereich des Schutzraumbaus mit den Gemeinden

voraus.» Meine Fragen lauten: Erstens, was hat der Kanton konkret mit welchem Zeithorizont vor? Zweitens, wann werden die betroffenen Gemeinden in dieser Angelegenheit erstmals kontaktiert werden? Herzlichen Dank im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen.

Standespräsident Caluori: Dann gebe ich Regierungsrat Peyer das Wort.

Regierungsrat Peyer: Ich kann zu den Fragen von Grossrat Loepfe, die er uns freundlicherweise im Voraus gestellt hat, wie folgt Stellung nehmen. Zur ersten Frage: Die Schutzraumbausteuerung erfolgt gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz. Dieses erlässt die sogenannten Weisungen «Steuerung Schutzraumbau und Zuweisungsplanung». Das ist ein laufender Prozess und die betroffenen Gemeinden werden bei Änderungen der Schutzraumbausteuerung durch das AMZ, also das Amt für Militär und Zivilschutz, schriftlich informiert. Einfach gesagt oder vereinfachend gesagt, wird jährlich die ständige Wohnbevölkerung der Anzahl vorhandener Schutzplätze in den betreffenden Gemeinden gegenübergestellt.

Gemäss Art. 61 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz haben die Gemeinden in den Gebieten mit zu wenig Schutzplätzen dafür zu sorgen, dass eine genügende Anzahl ausgerüsteter öffentlicher Schutzräume vorhanden ist. Entsprechend fordert das AMZ die Gemeinden auf, das Defizit zu beheben. Das AMZ unterstützt die Gemeinden bei den Planungsarbeiten.

Und zur Frage zwei, wann wurden die Gemeinden erstmals kontaktiert oder werden erstmals kontaktiert? In den Jahren 2020 bis 2021 führte das AMZ in allen Regionen Informationsanlässe für Gemeindeführungsstäbe durch, zu welchen Gemeindepräsidentinnen, Gemeindepräsidenten, Stabschefinnen, Stabschefs oder deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Gemeindeführungsstäbe eingeladen wurden. Die Veranstaltung für die Region Imboden fand am 18. Februar 2020 im Zivilschutzausbildungszentrum Meiersboden statt. An dieser Veranstaltung nahm unter anderem auch ein gewisser Reto Loepfe, seines Zeichens Gemeindepräsident von Rhäzüns, teil. An den Informationsanlässen wurde nebst den Aufgaben des Gemeindeführungsstabes auch das Schutzplatzdefizit in den Gemeinden thematisiert. Dabei wurden auch mögliche Lösungsansätze zur Behebung eines allfälligen Schutzplatzdefizites aufgezeigt und in der Zwischenzeit liegen in einigen Gemeinden entsprechende Anfragen für mögliche Bauvorhaben vor. Wir werden aber zusammen mit dem Amt und dem Departement, oder wir werden noch nicht, wir sind derzeit dran, zu prüfen und zu klären, wie wir die Gemeinden noch besser über ihre Aufgaben im Bereiche des Schutzraumbaus informieren können. Es gibt hierzu eine mögliche Vorlage, die der Kanton Bern erstellt hat und wir prüfen jetzt, ob wir etwas Ähnliches auch bei uns in Graubünden machen können.

Standespräsident Caluori: Wir fahren mit dem Regierungsziel 5 Durch Förderung der sozialen Kohäsion den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken fort. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident?

Regierungsziel 5

ES 5.1 Grundlagen und Instrumente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiterentwickeln

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingüinas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Das Wort ist offen fürs Plenum. Grossrat Claus, Sie haben das Wort.

Claus: Ja, ich habe eine Frage zu Entwicklungsschwerpunkt 5.1. Hier wird unter anderem ausgeführt, dass eine gesetzliche Grundlage notwendig sei und eben so zu schaffen sei für eine kantonale Kinder- und Jugendpolitik. Also es braucht ein Gesetz, um die Kinder- und Jugendpolitik zu gestalten, nehme ich einmal an. Ich habe bei der KSS nachgefragt. Man konnte mir dort keine befriedigende Auskunft geben, was dann da genau gemeint sei damit. Also stelle ich diese Frage vielleicht ein bisschen unerwartet der Regierung.

Bischof: Ich habe ebenfalls, wie Grossratsmitglied Claus, eine Frage zu den gesetzlichen Grundlagen. Allerdings stelle ich diese Frage beim Abschnitt gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt im Kanton wirkungsvoll umzusetzen. Und ich bin auch etwas überrascht, dass es jetzt diese gesetzlichen Grundlagen braucht, dass die jetzt geschaffen werden müssen, obschon wir ja die Istanbul-Konvention schon seit Jahren ratifiziert haben in der Schweiz und dass das Gesetz in der Schweiz seit dem 1. April 2018 in Kraft getreten ist. Und da stellt sich mir schon die Frage, ja, wieso kommt man jetzt mit diesen gesetzlichen Grundlagen? Ich habe meine Frage im Voraus der Regierung gestellt. Also, wie sieht da der zeitliche Ablauf aus? Wie lange dauert es, bis diese gesetzlichen Grundlagen geschaffen sind, und gibt es da irgendwelche Hürden, die genommen werden müssen? Ich danke Ihnen für die Beantwortung meiner Frage.

Cahenzli-Philipp: Auch ich erlaube mir eine Bemerkung und eine Frage zum Entwicklungsschwerpunkt 5.1. Das ist für mich ein wichtiger Schwerpunkt. Ein gut ausgestaltetes System der sozialen Sicherheit trägt bei zur Integration und verhindert das Aufkommen sozialer Spannungen. Darum ist eben dieses Ziel von grosser Bedeutung. Und meine Frage richtet sich auf den ersten Punkt, die erste Massnahme, welche das System in der sozialen Sicherheit weiterentwickeln will. Leider habe ich den Eindruck, dass die Überprüfung sich im Wesentlichen auf die Aufgabenverteilung zwischen den regionalen Sozialdiensten, den Gemeinden und dem Kanton beschränkt. Und ich Sorge mich ein bisschen, dass es dabei vor allem um die Differenzen über die Verantwortlichkeiten gehen könnte, und dass dabei das Wesentliche aus den Augen verloren wird, nämlich die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Ich habe in der letzten Legislaturperiode einen Armutsbericht gefordert mit einer belastbaren Datengrundlage, um dann gezielt Massnahmen zur

Armutsprävention und Armutsbekämpfung daraus abzuleiten. Wir wissen alle, dass Armut auch in der wohlhabenden Schweiz ein relevantes Thema ist, und die Situation hat sich in der jüngeren Vergangenheit eher verschärft. Und es gibt Menschen, die aus Scham ihre Armut verstecken und trotz prekärer Verhältnisse das Sozialamt nicht aufsuchen. Und diese Menschen erscheinen nicht in der Statistik. Diese Menschen benötigen dennoch Unterstützung. Die Regierung hat damals in ihrer Antwort eine mögliche Prüfung einer Armutsberichterstattung im neuen Regierungsprogramm in Aussicht gestellt. Und daher habe ich den Abschnitt ES 5.1 natürlich mit Interesse gelesen, finde jedoch auf den ersten Blick wenig, das direkt das Thema Armut betrifft. Das mag verborgen sein. Daher frage ich gerne den Herrn Regierungsrat, inwieweit die Weiterentwicklung des sozialen Sicherheitssystems auch zur Verbesserung der Situation armutsbetroffener Menschen beitragen kann.

Loepfe: Ich möchte hier eine Detailfrage stellen, im Wissen, dass ich da vielleicht jetzt ein bisschen den grossen Überblick verliere. Aber ich möchte auf die Frage der gesetzlichen Grundlagen im Bereich Schutz, Förderung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein Detail erwähnen. Mir wurde zugetragen, relativ kurz vor der Session hier, dass es ein erhebliches Defizit an Pflegefamilien gibt und Kinder keine Pflegefamilien finden und dass man an das Sozialamt geraten ist und dort um Hilfe gebeten hat und man dann die Antwort erhalten hat, da es keine rechtliche Grundlage gibt, kann man nichts von Seiten des Kantons unternehmen. Wäre es dann so, dass jetzt im Rahmen dieser gesetzlichen Grundlagen, die geschaffen werden, auch das Thema der Pflegefamilien angegangen würde, dass da entsprechende Rechtsgrundlagen herrschen würden?

Standespräsident Caluori: Ich möchte zuerst festhalten, dass wir eigentlich beim Regierungsziel 5 wären. Verschiedene Votanten haben jetzt zu ES 5.1 geredet. Ich frage jetzt an, hat noch jemand eine Wortmeldung zum Regierungsziel 5 oder zum Entwicklungsschwerpunkt 5.1? Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort Regierungsrat Peyer, Entschuldigung, Regierungsrat Caduff.

Regierungsrat Caduff: Ja, besten Dank. Ich versuche die Fragen, soweit ich es kann, zu beantworten. Ich beginne mit der Frage von Grossrat Claus. Das Thema haben wir verschiedentlich hier drin behandelt. Ich erwähne auch nicht zum ersten Mal, dass wir beabsichtigen, eine gesetzliche Basis für die Weiterführung der Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten. Schlicht und einfach, weil die gesetzliche Basis, die wir heute haben, erlaubt uns nicht, Projekte in diesem Bereich finanziell zu unterstützen. Das haben wir nicht. Und das Ganze basiert ja auf diesem Programm des Art. 26 der Kinder- und Jugendpolitik des Bundes, wo wir im 2020 Projekte eingereicht haben. Diese liefen bis letztes Jahr, damit wir eine gewisse nachhaltige, langfristige Weiterentwicklung der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik, ja, damit das überhaupt möglich ist, braucht es eine gesetzliche Grundlage. Wir werden wahrscheinlich im 2025 das entsprechende Normenkonzept erarbeiten. Ich gehe davon aus, dass wir das im

2026 in die Vernehmlassung schicken und dann 2026/2027 im Grossen Rat debattieren werden.

Wenn ich schon bei Terminen bin, häusliche Gewalt. Die entsprechende gesetzliche Basis, das Normenkonzept dort besteht. Wir sind derzeit daran, das Gesetz zu erarbeiten. Ich gehe, nein, ich gehe nicht davon aus, sondern wir beabsichtigen, die Vernehmlassung im September/Oktobre zu starten und dann im 2025 das im Grossen Rat zu debattieren. Per 1.1.2026 ist das Inkrafttreten des Gesetzes geplant. Das heisst nicht, dass bisher nichts gelaufen ist im Bereich häuslicher Gewalt. Wir haben sehr viel Aktivitäten in diesem Zusammenhang. Aber um diese, auch die entsprechende Basis für finanzielle Unterstützung zu haben, brauchen wir ein entsprechendes Gesetz. Hürden gibt es keine speziellen. Es ist ein normaler Gesetzearbeitsprozess mit den internen Vernehmlassungen. Es braucht gewisse Ressourcen, vor allem beim Sozialamt, bei uns im Departement. Aber das ist soweit aufgegleist. Wir haben etwas Verspätung gegenüber dem ursprünglichen Fahrplan. Wir wollten ja eigentlich bereits jetzt das Gesetz im Entwurf haben. Da haben wir einige Monate Verspätung, aber wir sind daran.

Die Weiterentwicklung der Sozialhilfe. Erstens, wir müssen vielleicht etwas unterscheiden. Dieser Bericht, den wir publiziert haben, geht ja auf einen Auftrag des Grossen Rates zurück, wo tatsächlich die Schnittstellen oder die Rollenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton zu klären waren. Das haben wir nun getan. Gewisse Massnahmen werden umgesetzt, andere sind dann im Rahmen der Überprüfung des kantonalen Finanzausgleichs nochmals genauer anzuschauen. Das ist alles dargelegt, soll aber nicht so sein, dass die, sozusagen die Menschen, die in Genuss dieser Leistungen kommen, dass es dort Abstriche geben soll. Das ist nicht die Idee des Ganzen. Und Grossrätin Cahenzli spricht ja diesen sogenannten Armutsbericht an. Der Bund plant ja hier, ein entsprechendes Armutsmonitoring aufzubauen. Wir möchten uns diesem Monitoring anschliessen. Und wir erhoffen uns durch die Einführung der Fallführungssoftware, dass wir dann auch über die entsprechenden Daten verfügen, um die entsprechende Auswertung zu machen. Ich weiss jetzt nicht genau, was der Stand betreffend Fallführungssoftware ist, aber wir haben das ja nochmals ausgeschrieben. Es wurden Offerten eingereicht. Also, da ist man daran, da sollte relativ zeitnah eine neue, eine digitale Lösung bestehen, wo wir den Datenaustausch zwischen Gemeinden und Kanton, wo dieser Datenaustausch digital erfolgt und wir auch über aktuelle Daten verfügen. Und das ist die Voraussetzung, dass wir ein Armutsmonitoring aufbauen können, und dass wir dann auch aufgrund dieses Monitorings die entsprechenden allfälligen Massnahmen ergreifen können.

Dann zu Grossrat Loepfe. Ich muss sagen, ich höre das zum ersten Mal. Wir haben ja überlegt, ob wir das Pflegekindergesetz weiterentwickeln sollen oder ob wir ein komplett neues Gesetz machen sollen. Wir haben uns für Zweites entschieden. Aber wie gesagt, ich weiss es nicht, aber ich gehe dann davon aus, dass auch dieser Teil dort geregelt sein muss, ohne dass ich es wüsste. Wenn eine konkrete Antwort erwünscht ist, dann kann ich die gern anfragen und zustellen.

Standespräsident Caluori: Wir kommen zu Entwicklungsschwerpunkt 5.2 Leben mit Behinderung – Teilhabe, Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingūnas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Rettich, Sie haben das Wort.

Rettich: Besten Dank für das Wort, Herr Standespräsident. Ich wollte noch auf den Entwicklungsschwerpunkt vorhin kurz reagieren. Und zwar bin ich mit der Prioritätensetzung in Sachen Kinder- und Jugendhilfegesetz wirklich nicht zufrieden und habe wirklich Mühe damit. Denn in unserer globalisierten Welt, da ist die Jugend dermassen vielen Reizen und Herausforderungen ausgesetzt. Und gerade wir als Gesetzgeber sind in der Pflicht, die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit unsere Jugend präventiv geschützt wird, aktiv unterstützt wird und vor allem nachhaltig begleitet wird. Und unsere Gesetzgebung ist seit langem nicht mehr zeitgemäss und unsere Angebote sind unzureichend. Diverse Leistungsanbieter haben heute wirklich Mühe mit den Leistungsaufträgen des Kantons und sind darauf angewiesen. Und ohne eine gesetzliche Grundlage ist es schwierig, diese Leistungen auch angemessen rechtfertigen zu können und begründen zu können und die finanziellen Ressourcen zu bekommen, die man dafür braucht. Zwar zahlt der Kanton für gewisse Leistungen, aber die organisatorische Unterstützung, da gibt es nichts oder viel zu wenig. Und ich bin häufig in Kontakt mit Institutionen aus dem Sozialbereich. Und gerade Player, die essenziell wichtig sind für unseren Kanton, wie beispielsweise jugend.gr, die haben grosse Mühe mit der finanziellen Unterstützung aktuell. Und wenn die mit Einbussen zu kämpfen haben, dann ist die Leistungseinbusse genau bei den Kindern und Jugendlichen, und das können wir uns als Kanton einfach nicht leisten. Ich meine, die Kosten sind langfristig wesentlich höher. Grossrat Loepfe hat es vorhin angesprochen. Die ganze Geschichte mit den Pflegefamilien, die funktioniert nicht. Wir haben viel zu wenige Pflegefamilien im Kanton. Die Handhabung des Elternbeitrags bei der sozialpädagogischen Familienbegleitung, die bildet Hürden für freiwillige und niederschwellige Helfer. Und was noch gar nicht angesprochen wurde, und das braucht es wirklich, wirklich dringend, das sind Übergangsangebote, und zwar für die Übergänge von Schule zu Berufsbildung und da noch weiter zur Arbeitsintegration und inklusive Wohnmöglichkeiten. Entsprechend appelliere ich wirklich, hier eine Prioritätensetzung ein bisschen anders zu setzen. 2026, das sind zwei Jahre. Zwei Jahre, die verloren sind für unsere Jugend. Und ja, dann möchte ich wirklich sagen, da bin ich schwer enttäuscht und hoffe auf ein Umdenken.

Standespräsident Caluori: Gibt es noch Wortmeldungen von Mitgliedern der Kommission zum Entwicklungsschwerpunkt 5.2? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Dann fahren wir mit dem Regierungsziel 6 Ener-

gieversorgung sicherstellen und erneuerbare Energieträger fördern, Ausgangslage und Absicht, fort. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 6

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? 6.1 Umsetzung der Wasserkraftstrategie des Kantons Graubünden 2022-2050. Herr Kommissionspräsident.

ES 6.1 Umsetzung der Wasserkraftstrategie des Kantons Graubünden 2022-2050

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Grossrat Luzio Sie haben das Wort.

Luzio: Die Gemeinde Surses hat gerade eine für die Zukunft immens wichtige Abstimmung, im Zusammenhang mit der Energieversorgung der Stadt Zürich, hinter sich. Ich rede nicht vom Projekt Nandro-Solar, das für einige Schlagzeilen und Diskussionen gesorgt hat. Sondern von der Rückweisung der Anfrage des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich, den aktuellen Konzessionsvertrag bezüglich der Wassernutzung der Wasserkraftwerke Marmorera und Nandro in Surses zu verlängern. Die Gemeinde hat entschieden, sich für die Zukunft alle Optionen offen zu halten und hat deshalb die Anfrage des EWZ bezüglich vorzeitiger Vertragsverlängerung mit rund 70 Prozent abgelehnt. Für diese Weitsicht und diesen Mut bin ich wirklich stolz auf die Bevölkerung des Surses. Auch der Regierung möchte ich meinen Dank aussprechen, welche die Gemeinde bei diesem Entscheidungsprozess beraten, unterstützt und bestärkt hat. Es ist von grosser Bedeutung, dass der Kanton den Gemeinden beratend zu Seite steht. Denn die Gemeindebehörden sehen sich in den Verhandlungen einem überlegenen Verhandlungspartner gegenübergestellt, den grossen Energieversorgungsunternehmen. Hier haben wir David gegen Goliath. Die grossen Energiekonzerne haben das Know-how und die nötigen personellen Ressourcen, um, natürlich zu ihrem Vorteil, Druck auf die Gemeinden auszuüben. Dem gilt es entgegenzutreten, mit dem entsprechenden Fachwissen und einer geeigneten Organisation auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene, welche eine gewinnbringende Koordination und Abstimmung ermöglicht. Und nicht zu vergessen, die Gewässerhoheit liegt bei den Gemeinden. Diese haben bei den Heimfällen das letzte Wort und wollen sich abgeholt und unterstützt fühlen. Werden erst einmal Heimfälle ausgeübt, stehen neue Herausforderungen an. Die in der Wasserkraftstrategie anvisierten Vertriebs-, Verwertungs- und Ingenieurgesellschaften sollen durch den Kanton nur dann ins Leben gerufen werden, wenn keine andere im Kanton ansässige oder vertretene Gesellschaft diese

Dienstleistungen anbietet. Hier sollten wir die Verwaltung in Zukunft nicht beüben, falls es bereits in der Wirtschaft solche Strukturen und Möglichkeiten gibt. Fitto.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Fahren wir fort mit ES 6.2 Zubau von erneuerbaren Energien und Verbesserung der Energieversorgung im Kanton. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Dann kommen wir zum Regierungsziel 7 Die kantonale Klimastrategie trägt zu effektivem Umwelt- und Klimaschutz bei. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 7

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus, aus dem Plenum? Grossrat Roffler, Sie haben das Wort.

Roffler: Es ist korrekt, dass im Regierungsziel 7 die Landwirtschaft erwähnt ist. Es wird eine grosse Herausforderung sein, das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen bei den Treibhausgasen und dennoch die Ernährungssicherheit sicherzustellen und zu gewährleisten. Die Landwirtschaft ist der Urproduzent von Nahrungsmitteln. Ich hätte es aber auch zusätzlich begrüsst, wenn die Ernährungswirtschaft auch in dieses Regierungsziel eingeflossen wäre. Denn die Ernährungssicherheit wird in Zukunft eine grosse Bedeutung erhalten für alle Menschen auf dieser Welt.

Standespräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen zum Regierungsziel 7 aus dem Plenum? Regierung? Dann kommen wir zum Entwicklungsschwerpunkt 7.1 Umsetzung des Aktionsplans Green Deal vorantreiben. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Entwicklungsschwerpunkt 7.2 Strategie für den nachhaltigen Umgang mit Wasser entwickeln. Herr Kommissionspräsident.

ES 7.2 Strategie für den nachhaltigen Umgang mit Wasser

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrätin Said Bucher, Sie haben das Wort.

Said Bucher: Ich begrüsse dieses Regierungsziel sehr. Besonders die Erläuterung des Ziels 7.2. Über die Trockengebiete im Tal hinaus sind auch immer mehr Alpen von Trockenheit betroffen. Auch hier ist es notwendig, zumindest auf Ebene der bewirtschafteten Alpen in einem ganzen Tal ein Wassermanagementkonzept zu erarbeiten. Es wäre sehr sinnvoll, für die Entwicklung dieser Konzepte im Rahmen von bestehenden Förderprogrammen oder im Rahmen von Green Deal 2 Mittel bereitzustellen. Auch möchte ich meine Bedenken äussern, dass eine zukünftige Herausforderung sein könnte, dass Trinkwasser und Wasser zur landwirtschaftlichen Produktion in Konkurrenz treten könnten. Dieses Szenario kann hoffentlich verhindert werden. Eine Massnahme dafür ist eben das vorgesehene Wassermanagement, was zur effizienteren Nutzung des Wassers führen kann.

Standespräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Kommen wir zum Entwicklungsschwerpunkt 7.3 Der Kanton wendet sich einer Kreislaufwirtschaft zu. Herr Kommissionspräsident?

ES 7.3 Der Kanton wendet sich einer Kreislaufwirtschaft zu

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrätin Oesch, Sie haben das Wort.

Oesch: Das Regierungsprogramm 2025 bis 2028 ist das erste, welches ich als Grossrätin zur Kenntnis nehmen darf. Es freut mich, dass unsere Regierung ein progressives und ambitioniertes Programm zusammengestellt hat und für welches auch Preisschilder der einzelnen Massnahmen auf den Seiten 570 ff. ausgewiesen sind. Der Preis, Sie ahnen es schon, ist eine Ressource. Und mir ist der Umgang mit unseren Ressourcen wichtig. Es freut mich, dass die Regierung das Thema Kreislaufwirtschaft als einen ihrer Entwicklungsschwerpunkte für die kommenden Jahre identifiziert hat. Die Kreislaufwirtschaft bietet nicht nur ökologische Vorteile, sondern auch grosse Chancen für die Wirtschaft und die Gesellschaft unseres Kantons. Durch die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft können wir nicht nur unsere Abhängigkeit von endlichen Ressourcen verringern, sondern auch die Umweltbelastung sowohl in unserem Kanton als auch weltweit reduzieren. Besonders im Baubereich, der für einen erheblichen Teil des Rohstoffverbrauchs, der CO₂-Emissionen und des Abfallaufkommens verantwortlich ist, liegt ein enormes Potenzial für die Einführung der Kreislaufwirtschaftsprinzipien. Zudem können wir bei der Vergabe von Bau- und Planungsleistungen sowie beim Bezug von Gütern vermehrt auf die Resilienz achten, um unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Störungen wie dem Klimawandel zu stärken. Wir werden Rechtsgrundlagen

schaffen, um die Einführung von Kreisläufen zu erleichtern. Und die Regierung wird die notwendige Vorarbeit dazu leisten, wofür ich bereits heute danke. Die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt. In diesem Sinne danke ich der Regierung sowie der Verwaltung für den Elan und den Mut, die Kreislaufwirtschaft konsequent zu fördern.

Gredig: Leider hat Kollegin Oesch schon fast alles gesagt, was ich sagen wollte, aber jetzt habe ich schon gedrückt. Ich fasse mich kurz. Das Thema Kreislaufwirtschaft tönt vielleicht auf den ersten Blick eher langweilig, und doch ist es sehr wichtig. Der Bündner Gewerbeverband hat bereits 2021 in seiner Stellungnahme zum Green Deal festgehalten, Graubünden ist als die künftige Alpenregion der nachhaltigen Wirtschaft prädestiniert. Für die Bauwirtschaft und die Industrie wird in Zukunft insbesondere die Kreislaufwirtschaft bedeutsam sein. Und ich teile diese Einschätzung sehr. Aber warum? Etwas vereinfacht geht es eben auch darum, unsere Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Es geht also nicht nur um CO₂, um Klimaschutz. Es geht auch darum, dass wir im Moment unendlich viel Material aus dem Ausland importieren, Stahl, leider auch Holz, Brennstoff usw. Auch unseren einheimischen Beton gibt es nur, weil wir den nötigen Brennstoff für dessen Herstellung importieren. Ich bin wirklich kein Pessimist und ich glaube auch nicht an den Weltuntergang, und doch halte ich es für vernünftig, etwas in die Zukunft zu blicken. Und die letzten Jahre haben uns leider gezeigt, dass wir uns nicht auf ewig darauf verlassen können, dass die Weltlage immer so stabil bleibt. Eine Wirtschaft, die im Moment so stark abhängig ist von ausländischen Rohstoffen, die ist nicht nur ökologisch fragwürdig, sie stellt vor allem auch ein Klumpenrisiko dar für unseren Wirtschaftsstandort. In diesem Sinne unterstütze ich das Ansinnen der Regierung vollumfänglich, im Rahmen eines Massnahmenplans die wichtigsten Handlungsfelder zu identifizieren. Der grösste Hebel besteht sicher, wie es richtig ausgeführt ist, in der Baubranche, wo einfach die verbauten Materialmengen sehr gross sind. Über Einkauf und Beschaffung hat der Kanton aber auch in vielen anderen Bereichen in der Verwaltung die Möglichkeit, hier eine Vorbildfunktion einzunehmen. Ich bin gespannt.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Wir fahren fort mit dem ES 7.4 Fortlaufende Sicherstellung der natürlichen Waldverjüngung und somit der Waldfunktionen. Herr Kommissionspräsident.

ES 7.4 Fortlaufende Sicherstellung der natürlichen Waldverjüngung und somit der Waldfunktion

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingünas remarchas.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierungsbank? Grossrätin Said Bucher, Sie haben das Wort.

Said Bucher: Ich möchte zum Ziel 7.4 bei den Erläuterungen Stellung nehmen. Ich möchte dabei meine Interessensbindung offenlegen, und zwar bin ich Departementsvorsteherin Land- und Forstwirtschaft der Gemeinde Churwalden. Und dort haben wir immer mit Nutzungskonflikten zu tun. So sehen wir täglich diese Nutzungskonflikte im Wald und der Landwirtschaft, zwischen Gästen und Einheimischen, die biken und wandern. Der Wald mit den Wildtieren und die Landwirtschaft hat immer mehr damit zu kämpfen, dass Landschaft als Erholungs- und Eventraum oder von ihnen eben als Raum, wo gewirtschaftet wird, wahrzunehmen. Trotz Aktivitäten, Schulungen und Einsatz des Tourismus zum achtsamen Umgang mit Landwirtschaft und Wald ist es so, dass die Massnahmen nur mässig fruchten. Deshalb wird es wohl leider tatsächlich nötig sein, zu prüfen, ob die allgemeine Nutzung des Waldes zu beschränken ist, beispielsweise, dass nur noch Forststrassen befahren werden dürfen. Ich bin also gespannt, was sich hier entwickeln wird.

Danuser (Chur): In der Augustsession bei der Debatte zu den übergeordneten politischen Zielen und Leitsätzen habe ich mit den Worten geendet, dass ich von der Regierung erwarte, dass sie der Verjüngung des Schutzwaldes höchste Priorität zumisst, auch wenn der Schutzwald nicht direkt Eingang in die Ziele und Leitsätze gefunden hat. Es freut mich deshalb, dass die Waldverjüngung mit Entwicklungsschwerpunkt 7.4 unter dem übergeordneten politischen Ziel Nr. 10 Klima und Umwelt Eingang in das Regierungsprogramm gefunden hat. Der Klimawandel hat eine grosse Auswirkung auf die zukünftige Entwicklung der Wälder. Diese Entwicklung muss überwacht und in der Waldbewirtschaftung berücksichtigt werden. Denn ein gesunder und gut strukturierter Wald schützt die Bündner Bevölkerung, die Bündner Gebäude und die Bündner Infrastruktur. Von zentraler Bedeutung für die Waldverjüngung ist auch die bis 2035 umzusetzende Strategie Lebensraum Wald-Wild 2021, welche unter den Erläuterungen im Programm erwähnt wird. Als Vorstandsmitglied von Graubünden Wald kann ich Ihnen versichern, dass wir die Umsetzung der Wald-Wild-Strategie genau im Auge behalten. Und ich möchte an dieser Stelle auch nochmals auf die Wichtigkeit des diesbezüglich ausstehenden Kommunikationskonzeptes hinweisen. Abschliessend möchte ich der Regierung danken, dass sie die Problematik der Waldverjüngung im Zusammenhang mit dem Klimawandel anerkennt und durch Aufnahme in das Regierungsprogramm die nötige Priorität zumisst.

Danuser (Cazis): Das ist wahrscheinlich selten, dass zwei Danusers hintereinander sprechen. *Heiterkeit.* Aber das Thema ist für beide gleich wichtig. Und darum möchte ich kurz meine Interessensbindung mitteilen. Ich bin Vorstandsmitglied der SELVA, das ist der Waldbesitzerverband des Kantons Graubünden. Die SELVA ist erfreut über den Entwicklungsschwerpunkt, wie er hier vorliegt. Wir unterstützen die Massnahmen, die Strategien des Kantons in dieser Hinsicht und sind der Meinung, dass, wenn dieser Strategie nachgelebt wird, auch die Waldverjüngung dementsprechend sich entwickeln kann. Ich möchte hier aber auch die Zeit nutzen, um den Jägern und auch dem Amt, beiden Ämtern, dem Amt für Wald- und

Naturgefahren und dem Amt für Jagd und Fischerei, einen Dank aussprechen. Sie versuchen seit Jahren, die Jagd anzupassen, den Bedingungen und den Erschwernissen in der Natur draussen anzupassen. Und ich denke, auch hier müsste man einmal den Jägern einen grossen Dank aussprechen. Sie versuchen, diese umzusetzen und auf der Jagd die Entnahmen aus dem Wildbestand zu erledigen.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Regierungsbank? Dann fahren wir fort mit dem Entwicklungsschwerpunkt 7.5 Umsetzung eines zeitgemässen Monitorings und Managements der Wildtier- und Fischfauna sowie Erhalt ihrer Lebensräume. Herr Kommissionspräsident.

ES 7.5 Umsetzung eines zeitgemässen Monitorings und Managements der Wildtier- und Fischfauna sowie Erhalt ihrer Lebensräume

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingüinas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Kasper, Sie haben das Wort.

Kasper: Umsetzung eines zeitgemässen Monitorings und Managements der Wildtier- und Fischfauna sowie Erhalt ihrer Lebensräume. Für diesen Entwicklungsschwerpunkt Klima und Umwelt wird kein Aufwand gescheut. Im Rahmen der drei definierten Massnahmen sollen Fließgewässer als Umweltkapital verstärkt in Wert und mit kleinräumigen Massnahmen variabler gestaltet werden. Die Gemeinden werden schon zur Stellungnahme im Zusammenhang mit dem Restwassermanagement bei Trockenheit aufgefordert. Ich bin einmal gespannt, wohin das noch führt. Zudem soll in Bezug auf die wachsenden und potentiell konfliktträchtigen Wildpopulationen, Klammer insbesondere Wolf, ein zeitgemässes Management erarbeitet respektive weiterentwickelt und die dafür die notwendigen materiellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Wie wir mit unseren Steuergeldern in diesem Bereich umgehen, kann ich nicht unterstützen.

Standespräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Regierung? Wir fahren fort mit dem Regierungsziel 8 Ein zukunftsgerichtetes, attraktives und auf die verschiedenen Bedürfnisse abgestimmtes Mobilitätssystem sicherstellen. Ausgangslage und Absicht. Herr Kommissionspräsident.

Regierungsziel 8

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ingüinas remarchas.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Grossrat Schutz, Sie haben das Wort.

Schutz: Ich möchte hier auch als Kommissionsmitglied einmal der Regierung für das zukunftssträchtige Regierungsprogramm recht herzlich danken und ich möchte auch danken für die guten Erläuterungen und die interessanten Diskussionen, die wir während der Beratung in der Kommission haben konnten. Und Sie konnten uns einige Fragen gut erklären. Ich wollte mich diesbezüglich eigentlich nur kurz über die Schwierigkeiten bei der Erhaltung der Infrastruktur Strassen äussern, aber ich werde mich zu diesem Punkt dann auch anschliessend noch kurz über den öV aus aktuellem Anlass äussern müssen.

Im Regierungsziel 8 steht, ein zukunftsgerichtetes, attraktives und auf die verschiedenen Bedürfnisse abgestimmtes Mobilitätssystem sicherstellen. Und in der Ausgangslage: Der Kanton Graubünden verfügt denn auch über ein umfangreiches Strassen- und Schienennetz, das zusammen die Grundlage für den öffentlichen Verkehr wie auch den motorisierten Individualverkehr bildet. Die leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für uns alle, glaube ich, von unbestrittener Bedeutung. Wie wir aber in den letzten Jahren erleben mussten, ist der Erhalt dieser Strasseninfrastruktur zusehends gefährdet. Wir haben immer wieder Schäden und haben Strassen, die nicht befahren werden können. Es sind vermehrt Naturereignisse, die auftreten und die Strassen unbenutzbar machen und ganze Talschaften teilweise über längere Zeit abgeschnitten sind. Ich verstehe wohl, das sind nicht immer vorhersehbare Ereignisse, aber es sind Ereignisse, die teilweise über längere Zeit da schon sich anzeigen, und es ist die Frage, wie man mit dieser schwierigen Situation in Zukunft umgehen kann. Ich denke da z. B. einerseits an die Strasse Lenz/Brienzen, wo jetzt über längere Zeit geschlossen ist. Ich denke an die Berninastrasse, die längere Zeit geschlossen war im vergangenen Jahr. Dann die Calancastrasse, wo geschlossen war und wieder geschlossen ist. Wir haben vielleicht aus anderem Anlass in dieser Session dann noch die Möglichkeit, auf diese Strasse speziell zu sprechen zu kommen. Ich denke aber auch an die Strasse Vinadi, die geschlossen war, und vor allem an die Sicherstellung der Verkehrsverbindung Maloja nach St. Moritz. Es sind diverse verschiedene Ursachen, warum das so ist, aber es zeigt sich, dass wir irgendwo nicht mehr in der Lage sind, diese Massnahmen, die da gefordert sind, zeitgerecht zu erstellen. Und wir hören immer wieder, ich denke an die Strasse Brienzen, wir hören das für andere Strassen, dass es Abklärungen braucht und Abklärungen braucht, bis man dann irgendwann zu einem Projekt kommt, und irgendwann dann vielleicht mit diesem Projekt etwas zum Bauen ermöglicht. Wir wissen aber auch, es ist ja nicht das Problem der Finanzierung. Wir haben in der Finanzierung immer Gelder, die nicht ausgegeben werden können, weil die Projekte nicht realisiert werden können, aus anderen Gründen oft. Und in diesem Sinne möchte ich die Regierung doch sensibilisieren, dass sie das im Auge behält und halt wirklich versucht, bei diesen Abschnitten, bei diesen Strassenabschnitten in Vorleistung zu gehen, konkrete Projekte in Auftrag gibt, damit die Strassen irgendwann, nicht irgendwann, sondern zeitlich schnell wieder für die Talschaften bereitstehen. Diese Strassen sind existenziell für die Talschaften und nur dann können wir die Besiedelung in die-

sen Talschaften auch aufrechterhalten, wenn die Erschliessung stimmt. Und da müssen wir irgendwie die Verfahren ändern, dass das nicht mit Abklärungen über Jahre dauert, sondern dass man schnellstmöglich jeweils konkrete Projekte in Auftrag gibt und das gemacht werden kann. Ich kann z. B. nicht verstehen, dass die Strasse zwischen Brienzen und Lenz, die immerhin die Verbindung zwischen den touristisch wichtigen Orten Davos und Lenzerheide ist, dass das über Jahre gehen soll, bis man dort wissen könnte, wo man die Strasse durchführt. Also wenn man die Gegend kennt, dann weiss man schon zum Voraus, wo die durchführen könnte. Aber das müssen die Fachleute dann halt auch noch machen. Das zu diesem Punkt möchte ich die Regierung sensibilisieren, dass da eine Herausforderung auf sie zukommt und vielleicht, ich weiss, eine schwierige Herausforderung, aber es ist umso wichtiger, dass sie diese Herausforderung annimmt und vorwärts, vorwärts, vorwärts macht in diesen Bereichen. Das, dankeschön für diese Bereiche im Strassen, für diese Problematik.

Dann kommen wir jetzt zum aktuellen Anlass für die Produktionsanpassungen der RhB. Und die Regierung hat das Ziel, auch hier ein bedarfsgerechtes Mobilitätssystem sicherzustellen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs etc. Das Ziel kann ich zu 200 Prozent unterstützen. Nur haben wir jetzt erfahren, dass das gerade einen grossen Rückschlag diesbezüglich gibt. Und ich habe auch Verständnis, wenn eine Problematik da ist wie jetzt mit dem Lokführermangel, dass man Massnahmen treffen muss, dass man nicht einfach auf dem Buckel der Lokführer damit die Gesundheit noch schädigt usw. Wenn sie zu viel Überstunden haben, und da kommen nachher weitere Probleme auf sie zu, dass da Lösungen und halt Ersparnisse gemacht werden müssen, damit man, bis das Problem behoben ist, dass man da mit Einschränkungen auch rechnen muss. Und nur jetzt stellen wir fest, dass einerseits keine Kommunikation mit den Regionen erfolgt ist, dass wir plötzlich eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, und die Fahrplaneinschränkungen sehr, sehr unterschiedlich ausgefallen sind. Es sind in einigen Gegenden wenige Einschränkungen und zum Beispiel auf der Linie Davos-Filisur fast eine hundertprozentige Einschränkung. Also es werden auf dem Buckel einer Region die ganzen Einsparungen der Lokführer gemacht. Und ich bin mir da nicht sicher, ob der Besteller, sprich der Kanton, da seine Aufgabe wirklich gemacht hat und ob die Zusammenhänge dieser Einschränkungen auch die vom Amt, wer auch immer, die Zusammenhänge in der Verkehrsererschliessung eigentlich auch kennen in unserem Kanton. Wenn wir die Strecke Davos-Filisur anschauen, so haben wir 25 Minuten Fahrzeit mit dem Zug. Wenn man auf Bus umstellt, sind das 54 Minuten Fahrzeit. Was habe ich gesagt? 25 Minuten? Und mit dem Bus sind es 54 Minuten. Also es ist sehr viel länger und es ist eine ungeeignete Strasse mit sehr vielen Kurven etc. Da werden die Leute nicht alle ohne dass es ihnen schlecht wird diese Strasse befahren können.

Wir stellen fest, dass auf dieser Strecke für dreieinhalb Monate der Zugsverkehr ganz eingestellt wird, dass für dreieinhalb Monate lediglich 40 Prozent des Angebots über die RhB angeboten wird und während zwei Monaten

noch 60 Prozent des Fahrplans geboten wird. Und da müssen wir einfach feststellen, da wird auf dem Buckel einer Region jetzt dieses Problem gelöst. Und das kann man, wenn man die Ziele hier liest, wo man für den ganzen Kanton, für die ganze Bevölkerung ein ausgeglichenes Mobilitätssystem herstellen möchte, ist das absolut nicht richtig. Ich stelle fest, dass wir dazu die Strecke St. Moritz-Davos, eigentlich die Verbindung für die wichtigsten wirtschaftlichen Räume, auch wieder abschneiden. Wir schneiden komplett den Pendlerverkehr ab, der darauf angewiesen ist, mit dem Zug von St. Moritz, von Thusis und von dem Albulatal natürlich nach Davos zu fahren. Die haben teilweise nicht die Möglichkeit anders zu gehen. Also vom Engadin werden sie jetzt dann den ganzen Sommer praktisch, die Pendler, bis im Dezember vom 11. März, mit einer Fahrzeit von über beinahe zwei Stunden vom Engadin nach Davos fahren müssen. Das ist nicht richtig aufgegleist worden, diese ganzen Fahrplanpassungen. Ich möchte nochmals betonen, wir haben Verständnis, dass es Anpassungen braucht. Wir haben Verständnis für den Schutz der Lokführer, dass gewisse Massnahmen da sind. Aber es kann nicht auf der Strecke, wo es am ungeeignetsten ist, auf Busse umzustellen, der ganze Teil auf dieser Strecke nachher die Ersparnis erzielt werden. Ich bitte da die Regierung, entsprechend gemäss ihren hehren Zielen, die ich hundertprozentig unterschreiben kann, nochmals in die Hosen zu gehen und mit dem AEV nach neuen Lösungen zu suchen.

Metzger: Ich danke Kollege Schutz für das engagierte Wort. Das Verkehrsnetz muss attraktiv sein. Es ist die Schlagader für das Wirtschaftsleben in Graubünden. Seit Jahren ist es den Oberengadinerinnen ein Anliegen, dass die Verkehrsverbindung zwischen Chiavenna und St. Moritz winter- und sommersicher gemacht wird. Es wird nichts gemacht. Die Regierung streikt. Aber wenn es ein Grounding gibt im Oberengadin, weil der Berninapass zu ist und weil der Malojapass zu ist, über Monate vielleicht, dann können Sie vielleicht die Löhne nicht mehr zahlen in der Regierung. Das Oberengadin ist der Wirtschaftsmotor in Graubünden. Es ist Vorzeige. Und die Regierung verweigert hier sichere Verkehrsverbindungen. Und zweitens, noch ein kurzes Wort zum aktuellen Thema, auch vielleicht ein bisschen zur Heiterkeit. Die SVP baut die Züge genügend. Die Mitte sorgt nicht für genügend Lokführer. *Heiterkeit.*

Walser: Ja, ich wollte eigentlich unter 8.2 etwas sagen. Jetzt wird es aber aktuell, darum hole ich das vor. Wir werden jetzt auch ein, zwei Wiederholungen hören, vielleicht ein bisschen anders. Weil ich wollte eigentlich zu dem Regierungsziel Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs etwas sagen. Es ist ja sehr loblich, auf der einen Seite ist man daran, für die sogenannte Mikroerschliessung der peripheren Gebiete sowie der städtischen Ausenquartiere Angebote zu schaffen. Ein solches Pilotprojekt ist nun in Erarbeitung in der Landschaft Davos. Wenn alles gut geht, wird dieses Pilotprojekt 2025 gestartet. Das ist eine super Entwicklung, definitiv, den öV zu stärken. Aber auf der anderen Seite haben wir am 25.1. durch die Presse erfahren müssen, dass eine sogenannte Produktionsanpassung der RhB ab dem 11. März bis auf weiteres

stattfinden wird, aus Gründen des Lokführermangels. Die Gemeindevertreterinnen und -vertreter der betroffenen Gemeinden wurden kurzfristig am Abend vorher per Teams informiert. In erster Linie widerspricht das enorm dem Regierungsziel Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs. Darum ist für mich dieses Vorgehen im höchsten Masse problematisch. Wenn man bedenkt, dass Rätica Trenta Plus nach Davos und Filisur in aller Munde ist und mit grossen Investitionen der RhB, aber vor allem auch für die Gemeinde Davos verbunden ist. Wir sprechen da die zukünftige Erschliessung des Bahnhofs Laret an, mit einer neuen Zufahrtsstrasse, die politisch sehr, sehr heikel ist. Aufhebung Bahnhof Wolfgang. Das Generationenprojekt Bahnhofverschiebung Davos Dorf sowie der Kreuzungsbahnhof mit Ein- und Ausstiegsperron in Monstein. All diese Projekte, vor allem aber für das Generationenprojekt steht dieses Jahr im November eine Volksabstimmung an. Und jetzt werden die Verbindungen Davos nach Filisur und retour um mindestens, wir haben's gehört, 25 bis 30 Minuten verlängert. Ich frage mich da, ist das eine Leistungsanpassung oder ein Leistungsabbau, für Einheimische und Pendler? Für mich klar ein Leistungsabbau. Dies kann aber auch zu einer Ablehnung unserer Grossprojekte wie das Generationenprojekt in Davos Dorf oder die neue Zufahrtsstrasse zum Bahnhof Laret führen. Ohne diese neue Zufahrtsstrasse zum Bahnhof Laret keine oder nur sehr schwierige Anbindung an den öV. Man kann sich ja sagen, die RhB ist ja jetzt schon nicht im Stande, den Fahrplan zu halten. Wie soll das denn in Zukunft gehen? Dies hört man jetzt schon in der Landschaft Davos. Es ist aber auch sehr schwierig, mit dieser Voraussetzung in Landeigentümerverhandlungen zu steigen in diesem Jahr im Laret. Und ich weiss sehr wohl, was es heisst, solche Verhandlungen zu führen.

Der andere Aspekt ist, wenn nun die ausgefallene Zugverbindung von Davos nach Filisur und retour durch Ersatzbusse gefahren wird, dauert das, wie gesagt, 30 Minuten länger als mit dem Zug. Die Pendler und Einheimischen werden eine massive Verlängerung der Reisezeit erhalten, weil ja vom 11. März bis zum 10. Mai alle Züge durch Busse gefahren werden und ab dem 11. Mai vor allem die Pendlerzüge am Morgen durch Ersatzbusse gefahren werden. Genau das sollte, wenn schon, verhindert werden. Da würde ich vom Kanton schon eine klare Ansage erwarten, als Mehrheitsaktionär, damit die Pendlerzüge erhalten bleiben. Auch die Hotels in Filisur verlieren massiv an Attraktivität. Auf der anderen Seite werden die Dörfer Wiesen, Schmitten und Alvaneu auf einen Schlag besser erschlossen als bisher. Dies kann bei einer wieder vollen Inbetriebnahme der Zugverbindungen zu Diskussionen führen, und diese führen bestimmt die Gemeindevertreterinnen und -vertreter und nicht die RhB.

Der letzte Aspekt ist das Zukunftsprojekt Landwasserwelten, das auf den Sommer 2025 den Betrieb aufnehmen soll. Auch dieses Projekt ist im höchsten Masse gefährdet, sollte die Produktionsanpassung auch im Sommer 2025 Bestand haben. Zum Schluss bin ich klar der Meinung, wäre die RhB ein wirklich privates Unternehmen, so hätte dies mit Sicherheit Konsequenzen für die Geschäftsleitung. Denn das, was jetzt gemacht wird, ist imageschädigend. Ein guter Ruf wird extrem schnell zerstört. Es ist aber extrem schwierig, diesen wieder herzustellen. Wir

werden uns also weitere politische Vorstösse überlegen, sollte diese Produktionsanpassung über den Winter 2024/2025 hinausgehen. Unterstützen Sie in erster Linie darum die Resolution.

Schläpfer: Ich bin seit über 30 Jahren Lokführer und kenne die Situation aus eigener Sicht bestens. Der Mangel bei dem Lokpersonal stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, die durch mangelnde Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern noch verstärkt wird. Die Führungskräfte sind in der Verantwortung, nicht nur innovative Rekrutierungsstrategien zu entwickeln, sondern auch ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das von Wertschätzung und Anerkennung geprägt ist. Nur so können wir das Vertrauen und die Loyalität unserer Lokführer stärken und langfristig den Erfolg sichern. Es ist eine Tatsache, dass viele, viel zu viele Lokführer die RhB nach der Ausbildung wieder verlassen, um für andere Bahnen zu fahren. Die Löhne und die Anzahl Ferientage sind nicht mehr der Grund, da hat man Anpassungen gemacht. Ich möchte den Verantwortlichen ans Herz legen, sich diesem Umstand zu stellen und die entsprechenden Massnahmen zu treffen.

Michael (Castasegna): Mi permetto di ritornare sull'argomento delle strade dopo la ferrovia, ma solo brevemente, non voglio tediare a lungo. Io ho introdotto nella discussione generale oggi il mio intervento dicendo che questo documento è un "Bekenntnis" è un riconoscimento, un riconoscersi del Governo nell'insediamento decentrato nel Cantone. Ein Bekenntnis zur dezentralen Besiedlung. I collegamenti viari e ferroviari sono parte centrale di un insediamento decentrato. Quindi non esiste insediamento decentralizzato senza collegamenti viari sicuri, senza collegamenti viari certi. Noi abbiamo all'interno del nostro Cantone da un po' di tempo dei problemi relativamente importanti su vari tratti di strada, non voglio tornare a ripetere i tratti di strada, il collega Felix Schutz ha già fatto un elenco abbastanza esaustivo, ce ne sono sicuramente degli altri. Quindi il fatto di garantire dei collegamenti viari stabili, sicuri, duraturi, garantiti, non è un compito tecnico, non è un problema tecnico di chi costruisce le strade, è un compito politico, ed è un compito che va affrontato e gestito a livello politico, vengono stabilite le priorità e ritengo che certi interventi vanno fatti anche con delle misure d'urgenza in modo da non continuare a ripetere e prolungare questi momenti di insicurezza per anni, decenni, eccetera. Quindi io qua vorrei riproporre questo aspetto, questo argomento sul tavolo del Governo dove ritengo che una riflessione sulle priorità degli interventi, sull'accessibilità delle vallate, ma appunto sui collegamenti viari necessari in un Cantone come il nostro.

Cramer: Was mir bis jetzt an der Diskussion sehr gut gefallen hat, ist, dass wir für einmal nicht die Strasse gegen die Bahn ausspielen, sondern dass wir über die beiden Themen separat diskutieren, und ich glaube, das ist grundsätzlich positiv. Ich möchte auf das Argument oder auf die Diskussion der Produktionsanpassungen bei der Rhätischen Bahn zurückkommen, wie sie schon verschiedene Vorredner auch angetönt haben. Wir können hier und heute noch lange darüber diskutieren und Wünsche äus-

sern, aber letztendlich braucht es ein Zeichen, ein Bekenntnis des Grossen Rates, dass man das so nicht einfach hinnimmt und akzeptiert. Grossrat Metzger hat der Mitte vorgeworfen, dass wir nicht genügend Lokführer ausbilden. Ich kann Ihnen versichern, wenn ich einmal genug vom Anwaltsberuf habe, dann sattle ich um auf Lokführer. Es wäre ein Beruf, der mir gefallen würde, und offenbar sucht man im Moment noch Lokführer bei der RhB. Von dem her schliesse ich das nicht aus, dass ich das einmal tun werde.

Nun gut, die Produktionsanpassungen bei der RhB, die sind äusserst bedauerlich. Sie sind störend. Sie treffen auch die Regionen unterschiedlich. Und das hat mir auch gut gefallen an der Diskussion, wir sind nicht daran, die Regionen gegeneinander auszuspielen, denn das darf letztendlich nicht der Fall sein. Es sind Regionen sicherlich mehr betroffen, es sind andere weniger betroffen. Aber insgesamt sind alle, praktisch alle Regionen im Kanton Graubünden von diesen Produktionsanpassungen betroffen. Leider hat sich der Lokführermangel bei der Rhätischen Bahn schon länger abgezeichnet. Und trotzdem haben wir auch als Parlament, als Grosser Rat, aber auch die Regierung, uns immer wieder dafür eingesetzt, für einen starken öffentlichen Verkehr, für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Und ich bin nach wie vor auch heute überzeugt, dass das der richtige Weg war. Leider hat man uns zu wenig vor Augen geführt, dass das Personalproblem uns früher oder später in diesem Bereich treffen wird. Bisher waren vor allem die Argumente, dass man nicht genügend Rollmaterial hat, dass man nicht genügend Kreuzungsstellen hat oder dass finanzielle Mittel letztendlich fehlen. Ich bin überzeugt, dass es jetzt ein Zeichen des Grossen Rates braucht, weil wir haben eine Diskussion geführt, die in alle Richtungen abzielt, und deshalb haben wir zum Mittel auch der Resolution, wie sie von Kollege Stefan Walser auch angetönt wurde, gegriffen. Dass wir als Parlament sagen, wir sind mit diesen Produktionsanpassungen so nicht einverstanden. Wir erwarten von der Regierung, wir erwarten von der Rhätischen Bahn, dass man alle Massnahmen ergreift, dass man die Leistungen so erbringen kann, wie sie der Kanton auch bestellt hat.

Es wurde ausgeführt von Kollege Schutz und auch von Kollege Walser, dass die Strecke zwischen Filisur und Davos alles andere als dafür geeignet ist, um mit Postautos zu verkehren. Denken Sie einmal an das enge Dorf in Schmitten, wo leider bisher keine Umfahrung gebaut werden konnte. Jetzt müssen da noch zusätzliche Postautos hindurchfahren. Das ist alles andere als ideal. Aber auch wenn man sagt, dass man anstatt zusätzlicher Züge nach Arosa mit Postautos nach Arosa fährt, da wird mir nur schon beim Gedanken der Fahrt etwas mulmig im Bauch bei so vielen Kurven. Also ich glaube, da muss man schon nochmals grundlegend über die Bücher. Wir möchten deshalb die Regierung und auch die Rhätische Bahn dazu verpflichten, dass diese Massnahmen vor allem für diejenigen Menschen möglichst gering ausfallen, die tagtäglich auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind und nicht einfach sagen können, ich komme eine Stunde später zur Arbeit. Deshalb haben wir auch die Resolution eingebracht, und würde mich freuen, wenn Sie diese dann auch unterstützen würden.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich Regierungsrätin Maissen das Wort.

Regierungsrätin Maissen: Ussa vegn jeu aunc sco pli davosa e prolungheschel aunc la sessiun empau, aber jeu seprovel da restar cuorta. Jeu vesel che nus vegnin la mesjamna aunc ina ga a sediscutar intensivamain sur da quella tematica.

Ich teile Ihren Unmut zu 100 Prozent. Wir sprechen über ein Regierungsprogramm. Wir wollen vorwärtsschauen, 2025 bis 2028. Es wurde heute auch viel Lob ausgesprochen, vis-à-vis der Regierung, dass wir da wirklich ein paar gute Themen platziert haben, wo wir vorwärts machen möchten. Und das wollen wir auch im öffentlichen Verkehr. Das ist uns ein grosses Anliegen und sehr wichtig und die Benutzerszahlen im öffentlichen Verkehr zeigen es auch, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. 2023 war für die RhB ein Rekordjahr. Niemand hat während Corona gedacht, dass sich der öffentliche Verkehr und insbesondere die Rhätische Bahn sich so rasch von dieser Delle wieder erholen wird. Und jetzt ist es natürlich doppelt und dreifach ärgerlich, dass jetzt ein wichtiges Produktionsmittel fehlt, um diesen Weg weiter zu gehen: nämlich ausgebildete Lokführer und Lokführerinnen.

Ich danke für das Verständnis von Grossrat Schutz, dass er einsieht, ohne Lokführer kann man keine Bahnstrecke produzieren. Und es ist, glaube ich auch nachvollziehbar, dass es in die Sorgfaltpflicht der RhB als Arbeitgeberin gehört, dass sie sorgfältig mit ihrem Personal umgeht, auch in Bezug auf Gesundheitsschutz etc. die entsprechenden Massnahmen ergreift. Aber es ist wirklich sehr, sehr bedauerlich, dass dies in diesem Rahmen geschehen muss.

Ich möchte nur ganz kurz ein paar Dinge sagen, die angesprochen wurden. Es wird am Mittwoch noch eine Fragestunde geben mit vier Fragen dazu, wo ich noch einige weitere Details ausführen werde. Es wird noch eine weitere Diskussion geben. Nur ganz kurz, weil ich kann das auch nachvollziehen, dass dort, wo man betroffen ist, hat man das Gefühl, irgendwie wird etwas auf unserem Buckel ausgetragen. Die RhB ist zusammen mit dem Amt für Energie und Verkehr x Massnahmen durchgegangen. Sie haben einen Katalog mit über 20 Massnahmen zusammengestellt. Wo könnte man Lokführerstunden einsparen? Das geht nur mit Produktionsanpassungen. Wir können nicht das gleiche Angebot haben und mit den Lokführerstunden irgendetwas zaubern. Wo geht welche Massnahme, wo man essenziell oder in einem relevanten Ausmass Lokführerstunden einsparen kann und gleichzeitig aber für den Fahrgast die am wenigsten negativen Auswirkungen verursacht? Das war der Grundsatz. Mit diesen Kriterien hat man gearbeitet. Hätte man diese Produktionsanpassungen jetzt vorausschauend nicht gemacht, wäre die Folge gewesen, dass wir jetzt über Monate hinweg, ist notabene auch schon passiert, ist auch schon anderen Eisenbahngesellschaften passiert, dauernd ungeplante Zugsausfälle gehabt hätten. Weil wieder jemand krank, jemand nicht verfügbar ist. Ich glaube, das ist für das Vertrauen der Kundschaft, für das Image der RhB wäre das ein viel grösserer Schaden gewesen. Notabene

auch für die Kosten, die auf die öffentliche Hand zugekommen wären.

Bei den Massnahmen, die man ergriffen hat, hat man Massnahmen ergriffen, wo man z. B. ein Zug ausfallen lässt, weil es parallel oder kurze Zeit später nochmals eine Zugverbindung gibt und deshalb konnte man diese zwei Zugverbindungen kombinieren. Das ist nicht ohne Folgen für die Kundschaft. Es bedeutet, einmal mehr umsteigen, eine Verzögerung, nicht mehr die gleich bequeme Erschliessungskette. Eine andere Massnahme ist, Eisenbahnverbindungen mit Busverbindungen zu ersetzen. Das setzt allerdings voraus, dass man auch Buschauffeure hat. Und weil es auch einen Mangel bei den Buschauffeuren gibt, ist diese Massnahme nicht in allen Fällen geeignet. Dort, wo man stets volle Züge hat und einen Zug mit vier, fünf Bussen ersetzt werden müsste, damit man die Kapazitäten transportieren kann, macht es einfach keinen Sinn, weil man ja auch nicht genügend Buschauffeure hat. Deshalb kommt die Massnahme Busersatz nur dort in Frage, wo eben auch die Züge nicht so ausgelastet sind. Das ist in gewissen Regionen, z. B. in der Surselva, spät abends der Fall. Das sind so ein bisschen die Umstände und die Rahmenbedingungen, in denen diese Massnahmen erarbeitet worden sind.

Das Amt für Energie und Verkehr ist jetzt mit Hochdruck daran, zusammen mit der RhB nochmals zu schauen, wo es nicht doch noch Optimierungen gibt oder auch schrittweise Optimierungen, dass gewisse Massnahmen, Produktionsanpassungen nicht so lange in Kraft bleiben müssen. Wir sind zuversichtlich, dass wir diese Prüfung bis Ende des Monats abgeschlossen haben und dann nochmals Verbesserungen hinbekommen.

Es wurde auch noch auf die Kommunikation hingewiesen. Es ist eine Tatsache, diese Kommunikation war gänzlich unbefriedigend. Die betroffenen Regionen und Gemeinden wurden ganz kurz zuvor informiert. Das ist auch aus unserer Sicht völlig nicht zufriedenstellend und die RhB weiss dies auch.

Das ein paar kurze Informationen. Wie gesagt, mehr werden wir noch am Mittwoch diskutieren. Einfach vielleicht noch ein Gedanke, der mich weit über das aktuelle Thema bei der RhB hinaus beschäftigt. Das ist ganz grundsätzlich der Fachkräftemangel. Ich höre von Altersheimen, die Betten, freie Betten schliessen müssen, weil sie kein Pflegepersonal mehr haben können. Ich habe Bekannte, die mir erzählen, dass sie monatelang auf eine Operation warten müssen, weil es im Spital keine entsprechenden Kapazitäten hat. Dass es auch noch Restaurants gibt, die ihre Tage reduzieren oder die Menükarte reduzieren, auch das ist bereits Realität. Wir werden uns mit diesem Thema Fachkräftemangel in Zukunft intensivst auseinandersetzen müssen. Und es ist eine neue Realität, die wir bisher nicht kannten. Wenn wir bisher in der Politik über Ausbauten, neue Ideen, neue Projekte sprachen, war vielleicht eher das Geld die limitierende Ressource. Können wir uns das leisten? Wollen wir es uns leisten? Ist es richtig, dass die öffentliche Hand oder die Wirtschaft oder wer auch immer hier eine Initiative ergreift? Und jetzt werden wir zunehmend mit der Frage konfrontiert werden, haben wir überhaupt genug Ressourcen, Personalressourcen, die

diese Aufgabe stemmen können? Das wird uns als Politikerinnen, als Politiker, aber auch als Gesellschaft in den kommenden Jahren massiv herausfordern.

Standespräsident Caluori: Bevor ich nun beim Regierungsziel 8 die Debatte unterbrechen möchte, möchte ich Ihnen noch eine Mitteilung machen. Es ist soeben eine Resolution eingetroffen, Resolution des Grossen Rates von Graubünden, Erstunterzeichner Crameri, betreffend Produktionsanpassungen der Rhätischen Bahn AG. Das geforderte Mindestquorum von 25 Mitunterzeichnern ist mit 42 Mitunterzeichnenden erfüllt. Die Präsidentenkonferenz hat heute entschieden, die Resolution in dieser Februarsession am Mittwochmorgen direkt nach dem Antrag auf Direktbeschluss Bachmann zu behandeln. Somit werden wir genügend Zeit haben, um über dieses Thema noch zu diskutieren. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend, und bitte pünktlich morgen um 8.15 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18.10 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Resolution des Grossen Rates von Graubünden (Erstunterzeichner Crameri) betreffend Produktionsanpassungen der Rhätischen Bahn AG.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Patrick Barandun